JUNG+LIBERAL

Das **MITGLIEDER-MAGAZIN** der Jungen Liberalen

Ausgabe **04/2024** | F 54017 | ISSN 1860-5648 | www.julis.de

0800 8 88008200
www.debeka.de

Debeka
Das **Füreinander** zählt.

SAMUEL KESSLER (22)
ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich nicht nur für die wirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen unserer Zeit, sondern glaubt auch, dass dieses Land zu viel Potenzial verschläft. Du erreichst ihn unter
samuel.kessler@julis.de

Liebe **Julis,**

unglaublich, wie schnell die Zeit dann doch immer vergeht: Ihr lest nämlich gerade die letzte Ausgabe der jung+liberal für dieses Jahr. Mittlerweile liegen seit Jahresbeginn also vier Ausgaben hinter uns, in denen ich immer versucht habe, mit der Hilfe von spannenden Autoren die verschiedensten politischen Themen zu behandeln. Und ich kann mit Überzeugung sagen: Das ist uns definitiv gelungen.

Bei der aktuellen Ausgabe ist jedoch vieles neu: Wir dürfen ein neues Mitglied in der Chefredaktion begrüßen, die Ampel ist Geschichte und wir stehen vor (mehr oder weniger) unerwarteten Bundestagswahlen, bei welchen wir als Liberale wieder um den Einzug in das Parlament kämpfen müssen.

Die schönen Nachrichten zuerst: Beginnend mit dieser Ausgabe verstärkt Celine Eberhardt als erfahrene Liberale die Chefredaktion der j+l. Mit ihrem unheimlich großen JuLi-Netzwerk und ihrer ausgeprägten Ju-Li-Erfahrung, wird sie insbesondere in der Autorenakquise und Magazinplanung tätig sein und eine wichtige Rolle dabei spielen, unser Magazin auf das nächste Level zu heben. Um Celine besser kennenzulernen, findet ihr in diesem Heft bereits ein ausführliches Interview mit ihr!

Nun zu den ernsteren Nachrichten: Wie ihr alle bereits mitbekommen habt, ist die Ampelkoalition zerbrochen. Am Ende des Tages waren die Unterschiede zwischen den Parteien einfach zu groß. Auch wenn man die berechtigte Kritik äußern kann, das man sich diese Differenzen bereits früher hätte eingestehen müssen, gehört zur Wahrheit auch dazu, dass es von Verantwortungsbewusstsein zeugt, es in der politischen Lage im Jahre 2021 versucht zu haben.

Jetzt ist es wichtiger, den Blick nach vorne zu richten, um im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen dafür zu Sorgen, dass Deutschland seine liberale Stimme nicht verliert. Wir müssen uns davon lösen, als „Blockierer" wahrgenommen zu werden, die sich in Sachen Gesellschaftspolitik wiederum nicht von den Mitte-Links Parteien abgrenzen können. Wir Liberalen stehen für Fortschritt - in allen politischen Belangen.

Und den brauchen wir dringend: Nicht zuletzt, weil das amerikanische Volk einen neuen Präsidenten gewählt hat. Die Message, die dieses Ergebnis sendet, sollte auch uns zu denken geben. Es ist die völlig falsche Reaktion jetzt überheblich auf die Entscheidung der Amerikaner draufzuhauen. Ganz im Gegenteil: Wenn wir ein zuverlässiger transatlantischer Partner sein wollen, müssen wir jetzt erst Recht unsere Hausaufgaben erledigen. Nicht, weil wir uns als Europäer wegducken müssen, sondern, weil wir mit ausgestreckter Brust auftreten müssen.

Wie der FDP-Bundesvorsitzende also schon gesagt hat, muss unser Anspruch eine weitere Regierungsbeteiligung sein, denn eine große Koalition oder auch Schwarz-Grün wären nicht mehr als „Ampel-Light". Das müssen wir uns im Wahlkampf bewusst machen. Vor allem, weil Deutschland Fortschritt braucht. Vor allem, weil Deutschland Sicherheit braucht. Vor allem, weil Deutschland eine starke Wirtschaft braucht. Für all das, braucht es eine Regierungsbeteiligung der Freien Demokraten – in einem anderen Setting als bisher.

Euer Samuel

Hier in den Autorenverteiler eintragen

Seite 5
LOUIS FUHRMANN:
Operation am offenen Herzen statt Ibuprofen!

Seite 8
FRANZISKA BRANDMANN:
Interview mit Franziska Brandmann

Seite 10
VICTORIA KAMPRATH:
Interview mit unserer neuen Chefredakteurin Celine Eberhardt

Seite 12
LEONARD KERN-WAGNER:
Die Rente ist sicher

Seite 14
JASMIN EBRAHIMIAN:
Deutschland digital – Wie gut sind Schulen in Deutschland aktuell ausgestattet?

Seite 16
BO MÜLLER:
Wir sind die Julis Hamburg

Seite 18
NIKLAS SCHÜRMANN:
It's the economy, STUPID!

Seite 20
WILLIAM SCOTT ANDERS:
Zurück an die Spitze

Seite 23
CELINE EBERHARDT:
Praktisches Beispiel der Planungsbeschleunigung - Die Elbebrücke der B189

Seite 24
TIMO GUMPP:
Unser größter Erfolg in der Ampel, über den Niemand spricht.

Seite 26
KEVIN NAUMANN:
15 Jahre Schuldenbremse - ein Resümee

Seite 28
LAURENT PUTZIER:
Von Weltrekorden und Pionierleistungen: Deutsche Baukunst

Seite 30
FINN GLAS:
Deutschland kann Innovation

Seite 32
CAROLINA MAIER:
Dual für die Freiheit

Seite 34
FABIAN GRIEWEL:
Deutschland kann mehr. Warum Liberalismus wichtiger denn je ist

Seite 3 **Editorial**
Seite 6 **Mitgliederleitfaden**
Seite 35 **Impressum**

OPERATION **AM OFFENEN HERZEN** STATT IBUPROFEN!

Moritz Schularick, Präsident des IfW, hat es im Zuge der Debatte um den Industriestrompreis im Herbst 2023 auf den Punkt gebracht: „Der Staat ist zwar nicht gut darin, die Gewinner von morgen zu finden, aber ganz sicher finden die Verlierer von gestern den Staat". Nun besteht die deutsche Wirtschaft nicht ausschließlich aus Verlieren, jedoch haben einige Unternehmen durch die Krisen in den vergangenen Jahren, Probleme damit, ihre bewährten Geschäftsmodelle aufrechtzuerhalten. Vor diesem Hintergrund ist der Ruf nach dem Staat um „Schlüsselindustrien" zu sichern, zwar nachvollziehbar, im Anbetracht der Situation jedoch der absolut falsche Weg.

Aktive Industriepolitik bzw. das Verteilen von Subventionen wirken wie Ibuprofen. Sie lindern die Schmerzen der hiesigen Unternehmen, die mithilfe von frischem Kapital ihrem gewohnten Gang nachgehen können. Probleme werden dadurch jedoch nicht gelöst. Vielmehr werden neue Probleme wie Marktverzerrungen oder neue Ineffizienzen geschaffen, da die Nutznießer nicht zur Steigerung der Produktivität angehalten sind. Wer nach Beispielen sucht, findet sie bei Bahn, Post und Telekom.

Doch auch die industriepolitischen Projekte der aktuellen Bundesregierung, die Milliarden Euro Steuergeld für Intel, Northvolt, Wolfspeed und ThyssenKrupp vorgesehen haben, sind alle mehr oder weniger gescheitert. Insbesondere die drei Mrd. Euro für ThyssenKrupp zur Produktion von grünem Stahl bei einer Marktkapitalisierung des Unternehmens von etwas mehr als 2 Mrd. Euro untermauen die eingangs genannten Thesen von Schularick.

Wer nun mit den zinsverbilligten chinesischen Krediten oder dem IRA argumentiert und zum Nachahmen rät, muss zwischen den Ausgangslagen unterscheiden. Während sich die Supermächte auf starke Binnenmärkte und umfangreiche Rohstoffquellen verlassen können ist unser Wohlstand vor allem vom Export und damit vom Freihandel abhängig, da auf dem unvollständigen europäischen Binnenmarkt andere Voraussetzungen herrschen. Bei einem Subventionswettlauf hätten wir als Nation aber auch als EU aus finanziellen Gründen das Nachsehen.

Letztendlich fehlt all das Geld, das wir für Subventionen ausgeben würden bei der Erreichung von anderen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zielen im Bundeshaushalt. Verteidigung, Alterssicherung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur sind alles nicht minder wichtige Ziele, bei denen ein Engagement des Staates eher zu rechtfertigen ist als bei den Unternehmen.

Das flächendeckende Verteilen von Subventionen kommt uns allen damit auch noch mittel- bis langfristig teuer zu stehen, da es ohne neue Schulden nicht finanziert werden kann. Denkt man dieses Szenario weiter, haben wir in 10 Jahren noch die gleichen ineffizienten Unternehmen, die mithilfe von Staatsgeld am Leben gehalten wurden. Dafür haben wir dann aber eine ausufernde Staatsverschuldung mit allen einhergehenden Problemen.

Was ist stattdessen zu tun?

Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit scheitert nicht an der Verfügbarkeit von Geld, sondern leidet vor allem unter den gestiegenen Energiekosten, hohen Lohnnebenkosten, sowie exorbitanter Bürokratie. Dabei handelt es sich um Probleme, die ohne Strukturreformen und ausschließlich mit Schulden nicht zu lösen sind. Daher muss die Standortattraktivität jetzt handlungsleitend werden. Es braucht mehr als nur Symptombekämpfung durch neue Sondervermögen, sondern konkrete Maßnahmen zu den Ursachen der mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Die deutsche Industrie und der deutsche Mittelstand sind in weiten Teilen wettbewerbsfähig, der deutsche Standort ist es nicht.

Anstatt einzelne Industrien durch Ibuprofen zu benebeln, wäre es sinnvoller, die gesamte Wirtschaft durch verlässliche Rahmenbedingungen, also eine Operation am offen Herzen zu stärken. Das könnte durch eine neue Steuerpolitik, weniger Bürokratie und eine geringere Belastung des Faktors Arbeit erreicht werden. Denn private Investitionen in offenen Märkten führen zu erfolgreicheren Innovationen als staatlich gelenkte Projekte.

TEXT: LOUIS FUHRMANN (28)
Arbeitet als Referent für Wirtschaftspolitik für die FDP-Bundestagsfraktion. Zuvor studierte er Politikwissenschaft in seiner Heimat Bielefeld und Münster. Ihr erreicht ihn unter
louis.fuhrmann@fdpbt.de

Dein Engagement bei den Jungen Liberalen

HIER GEHTS LOS

Check am besten mal den **INSTAGRAM-ACCOUNT** deines KVs aus und schreib eine DM. Alternativ melde dich bei uns unter info@julis.de!

Hast Du bereits Deinen Kreisvorsitzenden informiert?
- Habe keine Kontaktdaten.
- Ja klar!
- Werde ich machen

Vor Ort

Dann auf gehts!

Willst Du Dich bei den JuLis engagieren?
- Nein
- Yes

Ja

Wo möchtest Du Dich einbringen?
- Hauptsache Aktiv dabei!
- Gerne auf Bundes- oder Landesebene

Worauf hast Du Lust?
- Coole Leute kennenlernen, **NETWORKEN** und viel rumkommen.
- Ich möchte mein **TALENT EINBRINGEN** und die JuLis maßgeblich mitgestalten.

Networker

NETWORKER

Komm zu unseren Events und lerne viele JuLis kennen! Auf dem Bundeskongress (BuKo) warten auf Dich neben spannenden Debatten ein buntes Rahmenprogramm und eine BuKo-Party. Darüber hinaus haben wir über das ganze Jahr verteilt Seminare und Veranstaltungen. Auch Dein Landesverband und die JuLis bei Dir vor Ort bieten tolle Events an. Über die Termine wirst Du per Mail oder über Social Media informiert. Eine aktuelle Übersicht findest Du außerdem unter julis.de/event

An was denkst Du, wenn Du dieses Bild siehst?
- WHAT?! Die Dinger gibt es immer noch? Direkt mal die Beschlusssammlung der Julis durchforsten und einen Antrag schreiben.
- Krass, in anderen Ländern auf der Welt steht so ein Schrott nicht mal im Museum.
- Lol, erstmal n Reel machen #oldschool #backtothe90s
- Sind die DGUV-geprüft? Wie viele Ansilumen hat das Teil? Kann der 4K 60FPS?
- Simpel: An und Aus. 0 und 1. Die Basis jedes digitalen Gerätes – aber sollten wir mal updaten.

ANTRÄGE schreiben, sich in Themen reinfuchsen und politische Zusammenhänge erfassen finde ich großartig. Ich habe ein gutes, präzises Ausdrucksvermögen und kenne mich besonders gut in einigen Politikbereichen aus.

Welches Talent hast du?

Welche Themen interessieren Dich?
- Alles – bei denJuLis muss man Allrounder sein.
- Ich habe bestimmte Themen für die ich mich interessiere.

Bundes-arbeits-kreise

PROGRAMMATIK-GURU

Egal ob Du Allrounder oder Experte in einem Gebiet bist: Du bist richtig in einem unserem Bundesarbeitskreise (BAKs). Sie sind unsere programmatische Ideenschmiede und decken alle wichtigen Politikbereiche ab. Jedes Mitglied kann sich einbringen und ist stimmberechtigt. Melde Dich einfach bei der zuständigen BAK-Leitung unter julis.de/bak.

INTERNATIONAL EXPERT

Wenn Du Dich besonders für internationale Politik interessierst, ist das Internationale Komitee das Richtige für Dich. Für jede Weltregion gibt es eine Gruppe, schau mal unter julis.de/intkom vorbei.

Intkom
- Ich kenne mich mit einem **LAND ODER EINER WELTREGION** besonders gut aus. Ein Mulit-Sprachtalent binich auch.

Social Media Squad
- Ich heiße Photoshop-Philipp, bin ein laufender **MEME-GENERATOR** und meine Tweets stellen El Hotzo in den Schatten.

Camera & Event Squad
- Meine **VIDEOS** aus YouTube landen in den Trends. Versprochen. Fotografieren ist meine Leidenschaft. Außerdem bringe ich die Veranstaltungstechnik der JuLis aufs nächste Level.

IT-Squad
- Ich bin der Überzeugung, dass Politik Vorreiter für **DIGITALISIERUNG** sein muss. Ich entwickle gerne und Azure, Dock und Git sind meine besten Freunde. Außerdem findet ich UX/UI ne ziemlich coole Sache.

Lokal-helden
- Ich bin leidenschaftlicher Kommunalpolitiker. Ich brenne für die Themen bei mir vor Ort und möchte zeigen, dass wir JuLis Probleme auf **LOKALER EBENE** anpacken.

SOCIAL MEDIA MANAGER

Als Mitglied im Social Media Squad kannst Du dafür sorgen, dass wir auf Instagram, Twitter & Co. noch aktueller, effektiver und reichweitenstärker werden. Dank der verschiedenen Arbeitsbereiche ist für jeden etwas dabei! Ob Community-Management, Grafik- und Kachelgestaltung oder strategische Planung – talentierte JuLis können sich direkt einbringen. Interesse? Schreibe einfach eine Mail an unsere BuVo-Mitglieder Simon (roloff@julis.de) und Niklas (wagner@julis.de).

EVENTINATOR

Als Mitglied im Camera & Event Squad kannst Du dafür sorgen, dass unsere neuen Video- & Streaming-Formate sowie Großveranstaltungen noch innovativer und professioneller aufgestellt sind. Deine Einsatzbereiche sind Verbandsveranstaltungen und Twitch-Streams. Dazu kommen die Erstellung von Fotos und Videos für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Wenn Du Dich mit Veranstaltungstechnik oder Fotografie und Videocontent auskennst, ist Dein Ansprechpartner unser Stv. Bundesvorsitzender Jelger (tosch@julis.de).

IT-SPEZIALIST

Du realisierst im IT-Squad die Digitalisierung des Verbandes. Dabei kannst Du Dich mit Deinen Fähigkeiten austoben und zum Beispiel unsere JuLi-App mitentwickeln. Azure, Docker und Git sind für Dich keine Fremdwörter? Dann melde Dich bei per Mail bei unserem Chief Digital Officer Piet (schwarz@julis.de).

LOKALHELD

Wir wollen unsere kommunale Basis ausbauen und mit gemeinsamen Antragsinitiativen jungliberale Inhalte und Ideen verwirklichen. Dafür vernetzten sich bei den JuLi-Lokalhelden über 100 jungliberale Mandatsträger und leidenschaftliche Kommunalpolitiker aus der gesamten Bundesrepublik. Schreibe unseren Lokalhelden-Managern Erik (erik.jaeger@julis.de) und Louis

Interview mit **Franziska Brandmann**

Franziska Brandmann (30) ist seit 2021 Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen und kandidiert im Wahlkreis 129 Münster für die Bundestagswahl.

Samuel Kessler: Liebe Franziska, vielen Dank, dass Du Dir Zeit genommen hast!

Franziska Brandmann: Sehr gerne. (lacht)

SK: Wir probieren mit dem Interview-Format hier mal etwas Neues aus – passend zur politischen Situation in Deutschland. Wie hast Du die letzten Wochen erlebt?

FB: Es ist schon eine politische Ausnahmesituation im Moment, seit Anfang November eigentlich. Das verlangt sehr viel ab von uns als Bundesvorstand. Wir stemmen ja alles in der Wahlvorbereitung ehrenamtlich. Da muss ich sagen: Riesiges Dankeschön an die Mitglieder des Bundesvorstands! Es ist anstrengend, aber macht auch wahnsinnig viel Spaß. Das Ende einer Bundesregierung ist natürlich kein Grund zum Feiern; aber es ist schon eine große Last von unseren Schultern gefallen. Ein Ruck ist da durch den ganzen Verband gegangen und ich merke: Die Motivation geht bei uns allen bis in die Haarspitzen. So macht Wahlkampf richtig Spaß!

SK: Die nächste Bundestagswahl findet am 23. Februar statt – mehr als sieben Monate vor dem regulären Wahltermin. Wie stellt man mit so wenig Zeit einen Wahlkampf auf die Beine?

FB: Wir haben uns natürlich im Vorfeld Gedanken gemacht. Dass es in der Ampel nicht mehr rund läuft, war ja seit langem bekannt. Dass wir gesagt haben "Politikwechsel oder Regierungswechsel" war keine hohle Phrase – deshalb haben wir beide Szenarien vorbereitet. Jetzt stehen wir zwar unter Zeitdruck, sind aber nicht überrumpelt. Mich stört deshalb auch diese Skandalisierung der Vorbereitungen der FDP-Führung auf ein Ampel-Aus. An der Berichterstattung merkt man: Es ist Wahlkampf.

SK: Du spielst auf die Berichterstattung von ZEIT und SZ an, die FDP habe den "Sturz der Regierung" vorbereitet.

FB: Genau. Grundsätzlich finde ich: Wenn eine Bundesregierung endet, dann ist Selbstkritik aller Partner angebracht. Konkret müssen wir aber festhalten: Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum KTF war die Geschäftsgrundlage der Bundesregierung Geschichte. Im Sommer krachte es, Olaf Scholz soll im Juli schon die Vertrauensfrage erwogen haben. Dass die FDP da Szenarien vorbereitet, ist doch klar. Sowieso ist die Debatte unehrlich: Die Ampel konnte den Herausforderungen unseres Landes einfach nicht mehr gerecht werden. Außer Olaf Scholz hat doch jeder im Land gespürt, dass sich dringend etwas ändern muss.

SK: Du bist also für einen Bundeskanzler Merz? Oder Habeck? (lacht)

FB: Ich bin für die Wirtschaftswende, für einen Staat, der seine Grenzen kennt und endlich wieder effizient für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet. Für eine ehrliche Debatte über die Rente und eine Politik, die Altersvorsorge für uns ermöglicht. Für ein außen- und sicherheitspolitisch starkes Deutschland, das die Ukraine unterstützt und nicht zuletzt für ein Aufstiegsversprechen, das endlich wieder funktioniert. Ich bin also für eine FDP, die so stark wie möglich ist. (lacht)

SK: Also ist dir egal, wer Kanzler wird?

FB: Ich glaube schon, dass sich ein paar dieser Punkte besser mit einem Kanzler Merz umsetzen lassen als mit den anderen Kandidaten (zwinkert). Aber ich werbe nicht für einen Kanzler, sondern für eine Partei: Und zwar für meine.

SK: Also keine Koalitionsaussagen von dir? Was hältst du davon, dass Christian Lindner eine Neuauflage der Ampel ausgeschlossen hat?

FB: Es wäre doch absurd, wenn man aus Überzeugung eine Regierungskonstellation verlässt, um dann drei Monate später wieder einzutreten.

SK: Also keine Ampel?

FB: Ich glaube, auch Olaf Scholz und Robert Habeck haben daran kein Interesse. Es wird eben tatsächlich eine Richtungsentscheidung. Ich will aber auch sagen: Über Regierungsbündnisse kann man am 23. Februar um 18 Uhr sprechen. Mein Ziel ist jetzt, dass wir bis dahin so viele Menschen von der FDP überzeugen, dass an ihr kein Weg vorbei führt!

SK: Was ist der Schlüssel, damit das funktioniert?

FB: Es gibt nicht den einen Kniff, mit dem man dann die Wahl gewinnt. Aber ein paar Punkte sind für mich sehr wichtig: Wir müssen den Menschen, den Wählerinnen und Wählern, zeigen, dass wir Ihre Probleme kennen, ernstnehmen und lösen wollen. Daran ist die Politik in den letzten Jahren zu oft gescheitert. Und wir müssen unsere Mitglieder für den Wahlkampf begeistern.

SK: Was ist denn die Rolle der JuLis in deinen Überlegungen?

FB: Ich bin überzeugt, dass wir mutig sein müssen. Probleme nicht nur erkennen, sondern sie schonungslos ansprechen und nicht um den heißen Brei reden! Dazu optimistisch Lösungen anbieten. Als JuLis haben wir in der Generation Z unsere eigene, spezifische Zielgruppe entwickelt, die wir jetzt von der FDP überzeugen wollen. Und wir wissen: Als JuLis sind wir Wahlkampfmotor der FDP. Wir werden es sein, die die Stände besetzen, Plakate hängen und Aktionen durchführen. Dafür bin ich sehr stolz auf diesen Verband!

SK: Letzte Frage: Du trittst selbst zur Wahl an – wie kann man Dich unterstützen?

FB: Ganz einfach: Ich trete an, weil ich davon überzeugt bin, dass wir mit Deutschland in die richtige Richtung wollen und dass der Politikwechsel dringend nötig ist. Deshalb werbe ich dafür. Wer mich unterstützen will, kann das tun, indem er auf jede erdenkliche Art ebenfalls für die FDP wirbt: Digital, am Wahlstand oder im Umfeld. Ich freue mich darauf!

WILLKOMMEN AN BORD!

Interview mit Celine Eberhardt – Unser neues Gesicht in der Chefredaktion von jung+liberal

Wie bist du zu den Jungen Liberalen gekommen und was war der Auslöser für dein Engagement?
Ich komme aus einem kleinen Dorf. Ich wollte für mein Studium weiter wegziehen, um mal etwas anderes zu sehen und hatte mich für Bremen entschieden. Durch meine Familie war ich immer politisch interessiert, da viele Gespräche am Essentisch sich um Politik und aktuelle Geschehnisse drehten. Kurz nach meinem Umzug stand in Bremen meine erste Wahl und damit ein Volksentscheid an, ob die Galopprennbahn bebaut werden soll oder nicht. Ich kannte zu dem Zeitpunkt weder die Standpunkte der Parteien, noch das Gelände der Galopprennbahn und bin mit dem E-Scooter hingefahren, um mir alles anzusehen. Im Anschluss konnte die FDP mit ihrem Stadt- und Bebauungskonzept überzeugen, wodurch ich mich dann mit anderen Inhalten von Ihr auseinandersetze und dort meine politische Heimat fand.

Was hat dich dazu bewegt, Teil der Chefredaktion des Mitgliedermagazins j+l zu werden?
Ich habe auf Bundeseben bereits jahrelang einen Bundesarbeitskreis geleitet und häufiger für das Magazin geschrieben. Als die Stelle das erste Mal ausgeschrieben wurde, konnte ich es aufgrund meiner Europa-Spitzenkandidatur in Bremen und dem Bundesarbeitskreis nicht verwirklichen, was sich nun aber ergab. Ich habe bereits als Pressesprecherin der FDP viel mit Presseartikeln und Texte schreiben zu tun gehabt, dadurch kam jetzt eins zum anderen.

Welche Ziele hast du dir für das Magazin in deiner neuen Rolle gesetzt?
Ich möchte das Magazin spannender gestalten, sodass man sehnsüchtig darauf wartet und es nicht nur nebenbei liest, wenn man es gerade sowieso erhalten hat. Dazu kann ich mir beispielsweise eine Abteilung „Neues aus den Landesverbänden" oder „Wer macht eigentlich was?" vorstellen, um unsere politische Arbeit auch unseren Mitgliedern näher zu bringen.

Was sind die größten Herausforderungen, die du in der Funktion als Chefredaktion siehst?
Das Magazin ist am Ende nicht für mich oder für den Bundesvorstand konzipiert, sondern für alldiejenigen die diese Zeilen gerade lesen. Dabei habe ich den Wunsch, dass es zwar Wissen vermittelt, aber eher Anreize schafft, um sich einzubringen, kritisch zu hinterfragen, zu diskutieren und vor allem sich mit den Themen tiefer zu beschäftigen.

Wie gehst du sicher, dass die verschiedenen Stimmen und Perspektiven der Mitglieder gut im Magazin vertreten sind?
Ich freue mich über jeden alten Hasen, der bereits einige Male für unser Magazin geschrieben hat. Gleichzeitig möchte ich aber gezielt auf neue Autor*innen zu gehen auf Kreis- und Bezirksebenen, um mehr Perspektiven und Blickwinkel einfangen zu können. Eventuell kann man auch einführen, dass auf vorherige Artikel reagiert werden kann. Gerade bei der digitalen Fassung eine einfache und schnelle Möglichkeit, um in den Austausch zu gehen.

Welche Themen planst du in den nächsten Ausgaben des Magazins besonders hervorzuheben?
In diesem Heft geht es vor allem um all die Dinge, die eigentlich gut in Deutschland laufen. Als politisch interessierte Person bekommt man vor allem immer Kritik und die schlechten Entwicklungen mit. Da ist es meiner Meinung nach zur Abwechslung mal gut sich mit positiven Dingen zu beschäftigen.

Wie wichtig ist dir die digitale Präsenz des Magazins im Vergleich zur gedruckten Ausgabe?
Ich sehe einen digitalen Präsenz als Chance noch mehr Menschen zu erreichen und liberale Aspekte aufzuzeigen. Gerade in der aktuell politischen Lage vor Neuwahlen und dem Ampel-Aus kann es von uns nur von Vorteil sein, wenn neue Menschen unsere Inhalte barrierefrei und einfach zur Verfügung haben können.

Wie planst du, die jüngere Zielgruppe der Jungen Liberalen stärker in die Inhalte des Magazins einzubeziehen?
Prinzipiell kann und sollte jeder für das Magazin schreiben können und sich damit auch angesprochen fühlen auf uns aktiv zu zukommen. Erst wenn wir alle Altersgruppen unter den Autoren finden, können wir auch alle Perspektiven bei uns ansprechen. Welche Rolle spielt für dich die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern der Jungen Liberalen bei der Erstellung des Magazins? Jede Seite in diesem Heft wird von einem Mitglied erstellt. Ob mit einem Artikel, der Koordination, dem Design – ohne unsere Mitglieder*innen wäre eine Erstellung nicht möglich und würde keinen Sinn ergeben, da alle Inhalte am Ende euch interessieren müssen.

Was machst du gerne in deiner Freizeit, wenn du nicht gerade in der Chefredaktion tätig bist?
Ich bin großer Fußballfan und liebe es Stadien in ganz Europa zu besuchen. Dadurch bin ich viel unterwegs und kann immer wieder neue Städte und Menschen kennenlernen. Wenn ich nicht gerade unterwegs bin verbringe ich viel Zeit mit meiner Familie und meinen Freund*innen.

Gibt es ein politisches Interessenfeld, für das du persönlich am meisten brennst?
Ich arbeite als Integrationsfachkraft für die Agentur für Arbeit in einem Jobcenter. Ich brenne für alles rund um Arbeits- und Sozialpolitik auf Bundes- und Landesebene.

Wie findest du die Balance zwischen deinem Beruf und deinen persönlichen Interessen?
Um ehrlich zu sein fällt mir das sehr schwer. Wenn man sich politisch engagiert ist man automatisch der „Experte" im privaten Umfeld und wird mit Fragen und Kritik überhäuft. Da muss man sehr streng darauf achten sich auch Pausen zu gönnen, was mir mehr oder weniger gut gelingt.

Gibt es ein Projekt oder eine Idee außerhalb des Magazins, die du gerne noch in Angriff nehmen würdest?
Wir stehen vor Neuwahlen. Das Projekt kann nur lauten: Wiedereinzug in den Bundestag der FDP in 2025!

DAS INTERVIEW FÜHRTE: VICTORIA KAMPRATH (17)
ist seit dem 19. Oktober 2024 Mitglied bei den JuLis. Sie absolviert derzeit bei den Jungen Liberalen in der Bundesgeschäftsstelle ihr FSJ. Sie kommt gebürtig aus Berlin. Bei Anregungen oder Fragen erreichst Du sie unter **kamprath@julis.de**

Die Rente ist SICHER!

Die Bundestagswahl wird sich maßgeblich auch um Rentenpolitik drehen. Es wird Zeit für neues Denken. Das ist auch unsere Aufgabe.

Olaf Scholz hat eine Entscheidung getroffen. Der Bundestagswahlkampf 2025 soll ein Rentenwahlkampf sein. Dabei setzt die SPD traditionell auf Sozialpopulismus. In seiner Regierungserklärung am 13. November machte der Bundeskanzler sehr deutlich, was die konkrete Erzählung sein wird: bürgerliche Politik kürzt Renten, linke Politik sichert sie. Dieses Narrativ ist genauso einfältig wie erfolgsversprechend. Kein Wunder, ist die Gesetzliche Rente schließlich die mit Abstand breitenwirksamste Sozialversicherung. Zum Vergleich: während etwa eine Millionen Menschen in Deutschland Arbeitslosengeld beziehen, empfangen annähernd 19 Millionen Menschen eine gesetzliche Altersrente. Für die allermeisten von Ihnen ist diese der Grundbaustein, für viele auch die einzige Quelle ihrer Altersversorgung. Niemand kann einem Rentner vorwerfen, der materiell auf diese Leistung angewiesen ist, sich durch die Warnungen vor angeblich drohenden Rentenkürzungen verunsichern zu lassen. Dabei ist eine Kürzung der Rentenzahlung bei keiner Partei Programm und wird zudem durch die Schutzklausel verhindert. Die einzigen Kürzungen, die im Zusammenhang mit der Rente wirklich drohen, sind die Kürzungen der Nettogehälter durch immer weiter steigende Rentenbeiträge und Steuern zur Finanzierung einer immer teureren Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Diese Kürzungen der finanziellen Spielräume für Millionen von Arbeitnehmern sind die Folge einer sozialdemokratischen Politik, die sich für garantierte Rentenniveaus wählen lässt und die Rechnung an unsere Generation weiterleitet. Leider ist diese Politik in der Vergangenheit an der Wahlurne zu häufig erfolgreich gewesen.

Doch all das darf nicht Grund dafür sein, in diesem wichtigen Politikfeld in die Defensive zu gehen – im Gegenteil. Für den Moment müssen wir deutlich machen, dass die Lasten durch den demographischen Wandel fair zwischen den Beitragszahlern und Rentnern verteilt werden müssen. Dies gelingt durch eine Nachschärfung des Nachhaltigkeitsfaktors, um die absehbare demographische Entwicklung stärker bei der Berechnung der Renten zu berücksichtigen und ihr Wachstum zu bremsen. Dabei sollte das Primärziel der Gesetzlichen Rentenversicherung auf der Erhaltung der Kaufkraft bei Renteneintritt liegen und nicht auf der Beteiligung an allgemeinen Lohnsteigerungen. Gleichzeitig ist auch bei uns Liberalen eine Neubewertung des Renteneintrittsalters wichtig. Das Regelalter, ab dem Altersrenten bezogen werden dürfen, muss sich an der Lebenserwartung orientieren und deshalb voraussichtlich auch über das Jahr 2030 hinaus ansteigen. Entscheidend ist die nüchterne Betrachtung, wie lange ein Versicherter vermutlich die Rente beanspruchen wird, für die er eingezahlt hat.

Langfristig aber braucht es in der Rentenpolitik den Mut zu einem Systemwechsel, für den bereits heute die Weichen richtig gestellt werden müssen. Im Kern sollten wir dabei die Frage stellen, warum wir etwas so persönliches wie die Gestaltung des eigenen Lebensabends zentral organisieren sollten. Wenn unsere Berufs- und Privatleben einzigartig sind, warum sollte die Altersvorsorge dann für alle gleich sein? Neuseeland beantwortet diese Frage anders als wir. Dort gibt es keine verpflichtenden Beiträge zu einer allgemeinen Rentenversicherung wie in Deutschland. Stattdessen beschränkt sich die einheitliche Altersvorsorge auf eine schmale und einkommensabhängige Basisabsicherung zum Schutz vor Armut für alle, die nicht vorgesorgt haben, weil sie es nicht konnten. Finanziert wird sie als Verlängerung der neuseeländischen Arbeitslosenversicherung aus Steuermitteln. Die darüberhinausgehenden Bausteine der eigenen Altersversorgung können mithilfe des zusätzlich freien Einkommens selbst gestaltet werden. Mit dem KiwiSaver-Programm gibt es eine kapitalgedeckte, staatliche organsierte Rentenversicherung, an der man freiwillig teilnehmen und die Höhe seiner Beitragszahlungen selbst jährlich festlegen kann. Unzählige private und betriebliche Systeme der Altersvorsorge mit ganz unterschiedlichen Anlagestrategien und Sicherheitsniveaus existieren und können steueroptimiert bespart und auch mit Blick auf das individuelle Renteneintrittsalter im Rahmen der Vertragsfreiheit gestaltet werden. Statt eines Systems an dem alle teilnehmen, gibt es in Neuseeland Optionen, die sich abhängig von den eigenen Wünschen, Zielen und Fähigkeiten zur Vorsorge miteinander kombinieren lassen. Das verändert auch das Denken über den Sozialstaat an sich. An die Stelle von Anspruchsdenken gegenüber dem Staat tritt ein Gefühl der Eigenverantwortung. Die Praxis vom anderen Ende der Welt zeigt, dass ein so einfaches wie liberales System funktionieren kann. Wollte man es in Deutschland einführen, ist gewiss langer Vorlauf notwendig. Ab einem gewissen Stichtag geborene Menschen müssten von den Einzahlungen in die GRV befreit werden. Die Abwicklung der Gesetzlichen Rente über die folgenden Jahrzehnte muss auch finanziell abgesichert sein. Eine solche Reform lässt sich nicht in wenigen Wahlperioden organisieren, sie wird stattdessen selbst bei sofortiger Einleitung Zeit bis zum Ende dieses Jahrhunderts beanspruchen. Doch es würde sich lohnen. Mit dieser Systemwende wären Wahlkämpfe nicht länger Überbietungswettbewerbe darum, wer noch mehr unfinanzierbare Rentengeschenke fordern oder die demographischen Realitäten noch etwas kraftvoller verleugnen kann. An die Stelle emotional aufgeladener Rentendebatten träte persönliche Freiheit, Verantwortung und Unabhängigkeit.

Zurück in der Realität des Jahres 2024 aber können wir einen Wahlkampf mit gehörigem Sozialpopulismus erwarten. Haben wir also den Mut in die Offensive zu gehen und dem Populismus etwas entgegenzusetzen. Haben wir den Mut, aus der Debatte über kurzfristige Wahlversprechen eine Debatte über langfristige Reformen zu machen. Denn eins ist sicher: Die Rente … als Wahlkampfthema.

TEXT: LEONARD KERN-WAGNER (24)
ist Vorsitzender der JuLis im Bezirksverband Düsseldorf und ehemaliger Chefredakteur der jung+liberal. Ihr erreicht ihn unter:
kern-wagner@julis.de

FDP
BUNDESTAGSFRAKTION

SPOT ON
WIRTSCHAFT:

WIRTSCHAFT
BRAUCHT KEIN
WIRD SCHON.
SONDERN
AUFBRUCH.

Die Lage ist ernst: Unsere Wirtschaft stagniert und die Prognosen bleiben düster. Viel zu lang wurde Politik nur in Legislaturperioden statt Jahrzehnten gedacht. Uns geht es um Zukunftsperspektiven: Wir wollen, dass sich die Menschen in unserem Land auch in Zukunft etwas aufbauen können. Dafür braucht es eine Richtungsentscheidung: Wir müssen politisch alles unterlassen, was Wachstum bremst, und alles unternehmen, was Wachstum schafft.

Die Vorschläge der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag für eine echte Wirtschaftswende liegen auf dem Tisch. Mehr Infos unter **www.fdpbt.de/wirtschaftswende**

11/2024 | V.i.S.d.P. Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

DEUTSCHLAND DIGITAL

Wie gut sind Schulen in Deutschland aktuell ausgestattet?

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung mehrere Programme ins Leben gerufen, um die Digitalisierung an Schulen voranzutreiben. Der sogenannte "DigitalPakt Schule", der 2019 gestartet wurde, hat das Ziel, Schulen mit digitalen Geräten wie Tablets auszustatten und die digitale Infrastruktur durch Breitbrandanschlüsse und verbessertes WLAN zu stärken. Auch digitale Lernplattformen und E-Learning- Angebote wurden in den Fokus gerückt. Allerdings verlief die Umsetzung dieses Programms schleppend, bedingt durch eine oftmals unzureichende technische Ausstattung und insbesondere einen Mangel an qualifiziertem Personal. Viele Lehrkräfte sind auf traditionellere Lern- und Lehrmethoden spezialisiert und benötigen zusätzliche Schulungen, um digitale Unterrichtskonzepte erfolgreich umzusetzen.

Es steht außer Frage, dass die Digitalisierung ein langwieriger Prozess ist, und die Fortschritte gestalten sich langsam.Wenn über die Bildungspolitik in Deutschland gesprochen wird, stehen daher oft die Herausforderungen im Vordergrund.

Dass Deutschland dahingehend kein Vorzeigeland ist, ist bereits bekannt. Dennoch gibt es inzwischen positive Entwicklungen in der Digitalisierung von Schulen. Besonders in der Zeit der Corona-Pandemie trat der dringende Bedarf an digitalen Lösungen zutage und es war mit einigen Hürden verbunden. Dies hat sich entwickelt. Ein Beispiel ist ein neu gegründetes Gymnasium in Wiesbaden, das im Schuljahr 2020/21 mit den Schwerpunkten Digitalisierung und Nachhaltigkeit gegründet wurde. Sein Medienbildungskonzept zielt darauf ab, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, die Möglichkeiten digitaler Medien voll auszuschöpfen, die Risiken der Mediennutzung zu verstehen und verantwortungsbewusst zu agieren. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Medien- und Datensicherheit der Schülerinnen und Schüler. So werden Schülerinnen und Schüler fit für die digitale Zukunft gemacht! Die 5. Klässler werden von IT-Fachkräften geschult und erlernen Grundlagen wie die iPad-Bedienung und die Nutzung der App GoodNotes. Das gesamte Schulgebäude sowie ein Teil der Außenanlagen sind mit einem leistungsstarken, glasfaserbasierten WLAN-Netz ausgestattet, das schnellen Internetzugang bietet.

Jedes Klassenzimmer ist mit einem Flachbildschirm ausgestattet, der über Apple-TV an weitere multimediale Anwendungen angeschlossen ist. Im Kunstunterricht ermöglicht eine große Leinwand die Projektion von Kunstwerken in Originalgröße. Zudem hat jeder Schüler und jede Schülerin Zugang zu einem von der Schule bereitgestellten iPad, wodurch schwere Schulranzen überflüssig werden.

Die traditionellen Kreidetafeln und White Boards wurden durch moderne Displays ersetzt, die eine saubere und vielseitigere Alternative bieten. Morgens wird "Logo" geschaut, um über aktuelle Nachrichten informiert zu bleiben.

Aus der Schulzeit kennen es die meisten, dass Schulunterricht lediglich im Klassenraum stattfindet. Hier gibt es flexible Arbeitsbereiche wie den "Flexi Space", die konzentriertes und ungestörtes Arbeiten in kleineren Gruppen ermöglicht. In Klassenräumen mit 30 SchülerInnen ist es in Lern- und Arbeitsphasen oft zu laut und viele können sich in größeren Gruppen nicht konzentrieren. Ziel ist es, individuelle und kompetenzorientierte Lernformen zu fördern. Die Tatsache, dass die Schule von Grund auf neu gebaut wurde, ermöglichte es, den Bau an moderne pädagogische Ideen und Möglichkeiten anzupassen.

Jeder Jahrgang der Mittelstufe hat seine eigene Etage mit fünf Klassenräumen und einem erweiterten Gemeinschaftsraum, der sich deutlich vom herkömmlichen „Flur- Schulen-Modell" abhebt. Auf diesen Etagen gibt es kleine Lerninseln für Partner- und Gruppenarbeiten. Die Oberstufe verfügt über ein eigenes Gebäude. Einzelne Klassenräume lassen sich für klassenübergreifende Projekte miteinander verbinden, wobei Flure in große Lernräume verwandelt werden können. Diese neue Schule hat, wenn auch mit einigen Herausforderungen verbunden, erfolgreich digitale Wege umgesetzt und dient damit als Vorbild für andere Schulen.

Die Digitalisierung im Bildungswesen ist seit Jahren ein zentrales Anliegen der FDP. Unsere Partei setzt sich entschieden für moderne Schulen ein, mit dem Ziel, Bürokratie zu reduzieren sowie die Schülerinnen und Schüler durch die moderne und digitale Bildung zunehmend auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Nur durch eine solide digitale Infrastruktur, ausreichend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer und durch die Förderung von Eigenverantwortung bei Lehrkräften und Schulleitungen kann Deutschland im Bildungsbereich wettbewerbsfähig bleiben. Zwar verfügen mittlerweile die meisten Schulen über digitale Geräte, doch es fehlt vielen noch an einer angemessenen Umsetzung. Diese neue Schule hat jedoch bewiesen: Deutschland kann die Digitalisierung an Schulen schaffen!

Es geht voran!

TEXT: JASMIN EBRAHIMIAN (23)
studiert im Master Deutsch und Philosophie/Ethik auf Gymnasiallehramt sowie Politikwissenschaften. Neben ihrem Studium engagiert sie sich insbesondere als Pressesprecherin der JuLis Wiesbaden. Ihr erreicht sie unter:
Jasmin.ebrahimian@julis.de

Wir sind die JULIS HAMBURG

Bei uns im in der Hansestadt Hamburg geht es mit ca. 350 Mitgliedern familiär zu. Jeder bringt seinen eigenen Vibe und besondere Fähigkeiten mit – das macht uns aus. Auf den Kongressen kennt ihr uns nicht nur als progressiven Anker aus dem Norden, sondern auch als Helfer und Unterstützer in allen Bereichen. 2025 brauchen wir auch deine Hilfe, denn für uns in Hamburg steht einiges auf dem Spiel. Wir wollen den Wiedereinzug ins Parlament mit einer starken Fraktion erreichen – also komm vorbei! Aber auf wen triffst du bei uns in Hamburg an unserem Wahlkampfwochenende? Hier ein kleiner Einblick von vier Julis wo wir die Fragen, wer bist du, wie kamst du zu den Julis, was ist dein Lieblingsthema und über die Gemeinschaft bei uns JuLis sprechen:

Felicitas

Felicitas – Newcomerin und direkt voll am Start!

Felicitas ist 20 Jahre alt und für ihr Studium im Medien- und Kommunikationsmanagement aus dem Süden Deutschlands nach Hamburg gezogen. Etwa anderthalb Jahre später, im August dieses Jahres, ist sie Mitglied bei den Hamburger JuLis geworden.
Insbesondere während des Europawahlkampfs 2024 hat sie sich damit beschäftigt, wie sie ihre Überzeugungen und Werte nicht nur durch das Setzen eines Kreuzes bei der Wahl, sondern auch im Alltag vertreten und dafür einstehen kann. So entschloss sie sich, kurz nach der Wahl einen Mitgliedsantrag zu stellen, um nicht nur zu meckern, sondern einen Teil zur Lösung beizutragen. Besonders Themen wie das Aufstiegsversprechen, ein starkes Europa und eine starke Wirtschaft haben Felicitas dazu bewegt, Mitglied zu werden. Ihr ist es auch wichtig, andere von unseren liberalen Werten zu überzeugen. Wer sich bei uns engagiert und Fähigkeiten mitbringt, wird aktiv eingebunden. Felicitas ist nun seit November im Landesvorstand kooptiert, um im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.
In den vier Monaten ihrer Mitgliedschaft, sagt sie, konnte sie schon bei vielen Treffen oder Wochenenden wie dem Nord-PPW oder dem Bundeskongress viele neue Gesichter kennenlernen, die schnell zu vertrauten wurden.
„Bei den JuLis zu sein heißt für mich, aktiv Freiheit zu gestalten und Teil einer vielfältigen und wunderbaren Gemeinschaft zu sein!“ – Felicitas, neu kooptiert im Landesvorstand.

Kian – Stratege und langjähriger Wahlkämpfer durch und durch!

Kian

Kian Shadi ist 23 Jahre alt, studiert derzeit im Master Wirtschaftspsychologie und engagiert sich seit einigen Jahren bei den JuLis Hamburg.
Er ist zu den JuLis gekommen, weil er nicht nur über Politik meckern, sondern selbst etwas bewegen wollte. Und wo geht das besser als bei den JuLis?! Besonders die Bildungspolitik liegt Kian am Herzen, da er mit seiner Schulzeit persönlich unzufrieden war. „Jedes Kind verdient dieselben Chancen, und dafür brauchen wir nicht nur gute Schulen, sondern auch gute Lehrkräfte“, so Kian. Chancengerechtigkeit ist für ihn ein zentrales Thema. Es frustriert ihn, dass der Bildungserfolg immer noch stark vom sozioökonomischen Status abhängt. Als Erster in seiner Familie, der studiert und einen Bachelor-Abschluss hat, ist dies für ihn eine besondere Herzensangelegenheit.
Die JuLis sind für Kian weit mehr als nur ein politischer Verband – hier hat er echte Freundschaften gefunden. Ein besonderes Erlebnis ist für ihn immer wieder der Wahlkampf. Der Teamgeist, den alle JuLis verkörpern, ist unglaublich ansteckend. Es motiviert enorm, wenn man Tag und Nacht gemeinsam für eine gute Sache kämpft.
„Ich bin bei den JuLis, weil ich an eine bessere Zukunft glaube!“ – Kian, Bezirksvorsitzender unseres größten Bezirks, Wandsbek

Tara

Tara – Unsere Spitzenkandidatin!

Tara arbeitet als Kriminalkommissarin im Hamburger Landeskriminalamt und ist unsere Spitzenkandidatin der JuLis für die Bürgerschaftswahl in Hamburg 2025.
An ihrem 18. Geburtstag hat sie morgens um halb sechs den Mitgliedsantrag bei den JuLis gestellt. Sie wollte, dass die erste Entscheidung als Erwachsene eine vernünftige Entscheidung ist. Diese Meinung hat sich bis heute nicht geändert: Vernunft steht für Tara an erster Stelle.
Als Teenager beschäftigte sie sich intensiv mit dem Thema aktive Sterbehilfe. Für manche mag das morbide klingen, aber Tara fasziniert die persönliche Selbstbestimmung im Gegensatz zu staatlichen Vorschriften. Bis heute ist sie eine leidenschaftliche Bürgerrechtlerin. Sicherheit und Freiheit müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstehen, denn das eine ist ohne das andere nichts wert.
Katastrophenschutz und Resilienz gegen Naturgewalten sind Taras Top-Themen. Spätestens seit dem Ahrtal-Unglück muss uns allen bewusst sein, wie viel sich im Katastrophenschutz verbessern muss. Die durch den Klimawandel bedingten Extremwetterereignisse werden in den nächsten Jahren noch zunehmen, und dagegen müssen wir uns als Gesellschaft schützen, indem der Staat seinen Schutzauftrag entschlossener wahrnimmt, sagt sie. Hamburg katastrophenschutzfest zu machen, ist ihr ein Anliegen, das sie gerne in der Hamburgischen Bürgerschaft angehen möchte.
So wie viele von euch auch, hat Tara bei den JuLis ihre besten Freunde gefunden. Für sie bedeutet unsere Gemeinschaft, Unterschiede durch ähnliche inhaltliche Überzeugungen wettmachen zu können. Herkunft spielt bei uns keine Rolle. Bei den JuLis zählt vor allem sachliche Diskussion, ohne persönlich zu werden, so Tara.
„Die JuLis begeistern mich immer wieder neu, weil wir mit Optimismus und großer Überzeugung daran arbeiten, unser Land fit für die Zukunft zu machen.“ – Tara, Spitzenkandidatin der JuLis Hamburg – Platz 5 der Landesliste der FDP

Bo – Chef

Seit Anfang 2017 bin ich, Bo, nun bei den JuLis dabei – zuerst in Schleswig-Holstein und seit 2019 in Hamburg. Seit 1,5 Jahren habe ich die Ehre, Landesvorsitzender der JuLis Hamburg zu sein.
Während meines Abiturs wurde mir schnell klar: Wer etwas in Deutschland ändern will, muss auch aktiv werden. Ich habe daraufhin die Grundsatzprogramme der Parteien studiert und erinnere mich an den Satz: Im Zweifel für die Freiheit! Daraufhin bin ich zu einer ersten Veranstaltung gegangen und war sofort überzeugt!
Als rohstoffarmes Land müssen wir auf Humankapital setzen. Bildung ist das wichtigste Gut, da sie die Basis für persönliche Entfaltung und wirtschaftlichen Erfolg bildet. Der Föderalismus lähmt derzeit die dringend notwendigen Reformen unseres Bildungssystems. Wenn wir hier nicht schnell eingreifen, werden wir den Anschluss verlieren. Besonders bei Schulpodien und in Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern wird deutlich, dass sich die Bildung ändern muss – so wie es ist, kann es nicht bleiben.
Bundeskongresse und große bundesweite Veranstaltungen bedeuten für mich immer wieder: Familie. Die JuLis vermitteln nicht nur die besten Werte, sondern bieten Rückhalt und persönliche Weiterentwicklung. Einfach der beste Jugendverband, den es gibt!
„Die JuLis sind für mich eine Jugendorganisation, die faktenbasiert und voller Herzblut dafür kämpft, Deutschlands Zukunft besser zu machen.“– Bo, Landesvorsitzender der JuLis Hamburg.

Sei dabei!

Du hast Bock, uns alle persönlich kennenzulernen und uns zu einem guten Ergebnis bei der Hamburger Bürgerschaftswahl zu verhelfen? Dann komm zu unserem GOTV Hamburg am Wochenende des 07.–09. Februar 2025. Wir freuen uns auf dich!

Hier anmelden

Bo

TEXT: BO MÜLLER (28)
kommt aus Hamburg-Altona und ist seit Mai 2023 Landesvorsitzender der JuLis HH. Er arbeitet zudem seit Ende des Studiums der Immobilienwirtschaft als Immobilienberater bei Jones Lang LaSalle. Erreichen könnt ihr ihn unter **bo.mueller@julis.de**

IT'S THE ECONOMY, STUPID!

Das Comeback Donald Trumps'

Über die vergangenen Wochen und Monate haben wir als Julis und Europäer immer wieder in die USA geschaut. Wir haben ein vermeintlich knappes Rennen um die Präsidentschaft beobachtet, analysiert und kommentiert. Spätestens seit dem Ausstieg Joe Bidens' aus dem Rennen ums Weiße Haus und der Bewerbung Kamala Harris' für die Präsidentschaft stieg auch in den USA, erstmals seit 2016, der Glaube an die erste Frau als Präsidentin. Direkt zu Beginn ihrer Kampagne erhielt Harris ein Vielfaches der Spenden, die Joe Biden bis zu diesem Zeitpunkt für sich verbuchen konnte. Sie bekam Unterstützung von Prominenten, bis hin zu Taylor Swift und Beyoncé. Letztere schrieb sogar einen Song für die Kandidatin. Ein Großteil der liberalen Transatlantiker auf beiden Seiten des Ozeans gewann an Optimismus und ein Sieg der gemäßigteren, häufiger international denkenden Demokratin schien greifbar.

Diese Zuversicht im demokratischen Lager, die zeitweise bis nach Europa reichte, übertönte dabei häufig den Wahlkampf des zweiten, republikanischen Bewerbers um die Präsidentschaft. So konzentrierte sich Donald Trump bei seinen, für ihn typischen, Wahlkampfauftritten darauf, seine Anhänger mit populistischen Verkürzungen und einfachen Antworten auf die komplexen Fragen unserer Zeit zu unterhalten und so von sich zu überzeugen. Seine rassistischen und oft demokratieverächtlichen Aussagen schockierten uns genauso wie viele freiheitlich-liberal Denkende junge Menschen in Amerika und ließen viele von uns davon ausgehen, dass Donald Trump nach dem Sturm aufs Kapitol und unzähligen verbalen Attacken auf Grundfeste der Demokratie keine realistische Chance haben würde, erneut ins Weiße Haus einzuziehen. Dabei verkannten wir Vieles. Wir verkannten, wie die wirtschaftliche Lage vieler Menschen in Amerika wirklich aussieht. Wir verkannten, welche Themen den Menschen im Wahlkampf wichtig waren und wir verkannten nicht zuletzt die wirtschaftspolitische Kompetenz, die Donald Trump von einem großen Teil der US-Amerikaner zugestanden wird. Immer weiter steigende Benzin- und Energiepreise, eine enorm hohe Verschuldung und eine hohe Inflation, die durch den Inflation Reduction Act Bidens' nicht bekämpft, sondern weiter angefacht wurde, belasten einen Großteil der Bevölkerung. Viele Amerikaner hatten zuletzt das Gefühl, dass ihr Wohlstand in der Amtszeit Trumps' größer war, als in den letzten vier Jahren, was die Wahlentscheidung vieler Amerikaner massiv beeinflusste. Dabei unterstützen sie nicht zwingend die autoritären, sexistischen, geschichtsrivisionistischen und häufig rassistischen Thesen Donald Trumps', die ihn für uns „unwählbar" machen. Sie blickten schlichtweg über sie hinweg, da die Gefährdung des eigenen Wohlstands weitaus greifbarer war, als die Gefahren, die aus einer demokratiefeindlichen „Maga-Gesellschaftspolitik" entstehen können.

Schlussendlich hat das in den USA immer noch weit verbreitete Bild Trumps' als unkonventioneller Politiker, der seine Ideen durchsetzt, unabhängig davon was Andere über ihn denken, gepaart mit seinem Versprechen die Wirtschaft Amerikas zu stärken, den Wahlsieg für die Republikaner gesichert. Dabei spielen seine unsachlichen und teilweise menschenverachtenden Ideen in der Migrationspolitik nur eine untergeordnete Rolle. Der Großteil seiner Wähler stand ihr gleichgültig gegenüber und akzeptierte sie im Angesicht „wichtigerer" Versprechen.

Bemerkenswert ist in Anbetracht der Wahlen nicht nur die Tatsache, dass Donald Trump als Gewinner aus ihr hervorgegangen ist. Er konnte zudem erstmalig seit 2004 mit einem Abstand von mehr als 3 Millionen Stimmen den Popular Vote für sich entscheiden. Anders als 2016 zieht er damit nicht allein durch die Wahlmännerstimmen aus den von ihm gewonnenen Battleground States ins Weiße Haus ein, sondern es steht mit 50,7% auch eine absolute Mehrheit der Wähler hinter ihm.

Durch seinen enormen Sieg wird Trump nicht nur der nächste Präsident der Vereinigten Staaten, sondern verfügt mit einer Mehrheit im Senat und einer voraussichtlichen Mehrheit im Repräsentantenhaus durch seine Partei auch über zahlreiche Möglichkeiten in der Legislative.

In den letzten vier Jahren als Präsident hat Joe Biden außenpolitisch auf Stabilität und Verständigung gedrängt. Als traditioneller Transatlantiker war das Bündnis mit Europa für ihn von besonderer Bedeutung. In Zeiten, in denen sich viele Länder mehr auf ihre eigene wirtschaftliche Situation konzentrieren, hat Joe Biden die transatlantische Freundschaft immer nach vorne gestellt und ihre Bedeutung für die Stärke der westlichen Welt deutlich gemacht. Dank Joe Biden und einer engen Beziehung zu den USA, ist die NATO im Moment des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine aus ihrem Dornröschenschlaf aufgewacht und hat ihre Rolle als wichtigstes und stärkstes Militärbündnis der Welt unterstrichen. Die Administration Bidens' hat dafür gesorgt, dass die USA zum größten Unterstützer der Ukraine geworden sind und Europa vor Angriffen von außen geschützt ist.

Diese enge transatlantische Partnerschaft gilt es nun Aufrecht zu erhalten. Wir wissen, dass mit Donald Trump der Erfinder und größte Verfechter der „America First"-Idee von Januar an die Außenpolitik des mächtigsten Staates der Welt verantworten wird. Wir müssen uns darauf einstellen, dass Trump mit Strafzöllen drohen wird und womöglich sogar einen erneuten NATO- Austritt propagiert. Wir müssen darauf vorbereitet sein, dass der neue Präsident die Beziehung zu Europa vernachlässigen und auf eine harte Probe stellen wird.

Dies sollten wir aber auf keinen Fall leichtfertig als „gegeben" hinnehmen. Im Angesicht der aktuellen weltpolitischen Lage sollten wir zweierlei Dinge tun.

Erstens sollten wir durch eine engere Zusammenarbeit in Europa, wobei besonders die Deutsch- Französische-Freundschaft von besonderer Wichtigkeit ist, der Stärke unseres Kontinents Rechnung tragen. Nur so können wir sicherstellen, dass wir auch in Zukunft in einer sicheren und verteidigungsfähigen europäischen Gemeinschaft leben können. Dies ist die Grundlage für ein freiheitliches Leben aller Europäerinnen und Europäer.

Zweitens sollten wir trotz der erneuten Wahl Donald Trumps' zum Präsidenten an einer starken transatlantischen Beziehung festhalten. Eine gute Freundschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie Belastungen stand hält und Krisen gemeinsam überwindet. Die lange Beziehung zu den Vereinigten Staaten hat dieses Prinzip und Merkmal immer wieder bewiesen und wird es auch diesmal tun. Es ist unsere Pflicht in Zeiten, in denen die aktuellen politischen Verhältnisse schwierig sind, umso kraftvoller und lauter für unsere demokratischen Ideen einzustehen. Das gelingt nur gemeinsam. In einer Zeit, in der ein immer größer werdender Teil der Weltbevölkerung in einer Diktatur lebt und nur noch 7,8% der Menschen in einer vollständigen Demokratie beheimatet sind, muss der freie Westen zusammenstehen. Deshalb muss Deutschland trotz all der inhaltlichen Differenzen auch in Zukunft konstruktiv und eng mit der amerikanischen Regierung zusammenarbeiten und gemeinsam für eine lebenswerte und demokratische Zukunft kämpfen.

TEXT: NIKLAS SCHÜRMANN (18)
ist Leiter des Team Nordamerika im Internationalen Komitee der Julis und Regional Relations Officer der Julis Niedersachsen.Ihr erreicht ihn unter
niklasschuermann@icloud.com

ZURÜCK AN DIE SPITZE

Die vergessene Hightech-Vision für Deutschlands Fernverkehr

DAS STÄNDIGE PROBLEM – WARTEN AUF DEN FORTSCHRITT VON MORGEN

Es ist ein kalter, herbstlicher Montagmorgen, man steht am Bahnsteig und wartet auf den Zug. Minuten vergehen und immer wieder blickt man sehnsüchtig in die Ferne – hoffend, das sich nicht das einstellt, was man schon befürchtet: eine Verspätung. Schließlich blinkt die Anzeige auf und die Durchsage verkündet, dass sich der Zug heute leider etwa 45 Minuten verspätet. Um einen herum stehen weitere, mittlerweile genervte Passagiere, die resigniert auf ihre Handys starren. Eine leider typische Situation an deutschen Bahnhöfen. In solchen Momenten fragt man sich: Warum hat sich seit Jahren, eigentlich seit Jahrzehnten, so wenig grundlegend bei der Bahn verbessert? Das Image des pünktlichen Deutschen scheint dem hiesigen Zugverkehr längst diametral zu widersprechen. Was wäre, wenn Deutschland auf ein Fernverkehrssystem setzen würde, das schneller, zuverlässiger, kosteneffizienter und umweltfreundlicher ist – ein System, das nicht bloß eine Alternative zum klassischen Rad-Schiene-System darstellt, sondern eine echte Mobilitätsrevolution? Eine Revolution, die Invented in Germany, Developed in Germany, Made in Germany ist.

Dabei braucht es weit weniger Vorstellungskraft und Innovationsgeist, als man vielleicht vermuten mag. Die Lösung existiert bereits: Magnetschwebebahnen, oder für viele besser bekannt unter dem Schlagwort „Transrapid“. Ein Konzept, das auf einer deutschen Idee aus den 1920er-Jahren basiert – eine Technologie mit Potenzial. Die Vision: Ein Deutschland, das seine Technologie wiederbelebt und den Verkehr der Zukunft gestaltet – nachhaltig, modern und weltweit innovativ.

EIN BLICK ZURÜCK, EIN SPRUNG NACH VORN – WORAUF WIR HEUTE BAUEN KÖNNEN

Bereits Ende der 1960er Jahre gewann die Idee der Magnetschwebebahn in Deutschland erheblich an Aufwind. Der Luftfahrtingenieur Ludwig Bölkow griff die Vision des Vordenkers Hermann Kemper auf, der das Konzept der Schwebetechnologie entworfen hatte, und begann sie in die Tat umzusetzen. Eine Prüfung des Bundesverkehrsministeriums bestätigte, dass die Schwebetechnologie wirtschaftlicher und effizienter sein könnte als das konventionelle Rad-Schiene-System. Daraufhin entbrannte ein regelrechter Wettlauf unter deutschen Unternehmen. Diverse Firmen verbesserten ihre Prototypen stetig, was schließlich Anfang der 1980er Jahre zur Errichtung einer Teststrecke im Emsland führte. Diese diente zuerst als Versuchsstrecke für den Transrapid 06, der dort eine Maximalgeschwindigkeit von 412,6 km/h erreichte.

Rund 15 Jahre später gründeten die größten Konkurrenten in der Branche ein gemeinsames Unternehmen, die Transrapid International GmbH & Co. KG, um die Entwicklung noch weiter zu fördern. Die Gesellschaft bestand aus den Anteilseignern Siemens, Thyssenkrupp und Adtranz und schuf auch ein Tochterunternehmen in den USA. Pläne zum Bau einer tatsächlichen Strecke, wie der Verbindung Hamburg-Berlin, scheiterten jedoch am politischen Widerstand der damaligen rot-grünen Regierung und dem Einfluss der Deutschen Bahn, die die Technologie als Konkurrenz betrachtete.

Interesse aus China tat dies jedoch keinen Abbruch. Dies führte dazu, dass China das System für eine Verbindung zwischen dem Flughafen und der Innenstadt von Shanghai übernahm – unter Einsatz von Bauteilen, die ursprünglich für die deutsche Strecke geplant waren. Bis heute sind die Unternehmen des 2008 aufgelösten Gemeinschaftsunternehmens an der Wartung und Expertise dieser Strecke beteiligt. Typisch für China, entwickelte das Land jedoch auch eigene Produkte auf Basis des erworbenen Know-hows, sodass neuere Modelle nun Geschwindigkeiten von über 600 km/h erreichen.

WAS SAGT UNS DIESE ENTWICKLUNG?

Es wäre allzu leicht, sich nur auf das Negative zu konzentrieren und die vermeintlich Schuldigen anzuprangern. Stattdessen möchte ich – gerade im Sinne der Ausgabe „Was kann Deutschland“ – die positiven Konsequenzen hervorheben. An erster Stelle steht die beeindruckende heimische Entwicklung, die von der Idee bis zur tatsächlichen Erprobung mit klarer Anwendbarkeit in der Praxis gelangte; und das vollständig lokal im innerdeutschen Raum. Diese Geschichte erzählt nicht nur von der Umsetzung einer technologischen Vision, sondern vor allem vom Willen zur Veränderung – ein Wille, den viele Bürgerinnen und Bürger heute vermissen. Sie zeigt zudem, wie viel Eigeninitiative deutsche Unternehmen entfalten können, wenn sie die Potenziale einer Technologie erkennen und durch gezielte politische Unterstützung gefördert werden. Doch ebenso verdeutlicht sie, wie wichtig ein klares politisches Bekenntnis und öffentliche Unterstützung sind, damit Unternehmen an ihren Visionen auch weiterhin festhalten.

Auch der Faktor der internationalen Anerkennung sollte nicht unterschätzt werden: Die Welt verfolgte gespannt, wie sich ein solches System in einem hochmodernen Industrieland wie Deutschland bewähren würde. Das Label „Made in Germany“ steht bis heute für Qualität und Respekt auf der internationalen Bühne. Umso dringlicher stellt sich die Frage, warum internationale Investoren so sehnsüchtig auf die betriebliche Einführung und Erprobung gewartet haben?

FORTSCHRITT OHNE GLEISE: WARUM DER TRANSRAPID DAS RAD-SCHIENE-SYSTEM ÜBERHOLT

Bereits ersichtlich ist die beeindruckende Geschwindigkeit, die eine Magnetschwebebahn erreichen kann. Die letzten deutschen Modelle erreichten bis zu 500 km/h, während aktuelle Modelle in China sogar über 600 km/h fahren können. Zum Vergleich: Der ICE schafft laut Angaben der Deutschen Bahn maximal 300 km/h. Die tatsächlichen Betriebsgeschwindigkeiten unterscheiden sich ebenfalls erheblich. Beim deutschen Transrapid beträgt diese etwa 430 km/h, während der ICE auf maximal 250 km/h kommt. Dies zeigt das Potenzial der Magnetschwebebahn für erhebliche Zeitersparnisse.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Beschleunigung: Durch die fehlende Reibung – abgesehen vom Luftwiderstand – kann eine Magnetschwebebahn mindestens dreimal schneller beschleunigen. Diese Beschleunigung nimmt mit steigender Geschwindigkeit sogar noch zu, was die hohen Betriebsgeschwindigkeiten erklärt und des Weiteren einen reduzierten Lärmpegel zur Folge hat. Ein Transrapid erreicht bei 500 km/h die Lautstärke eines ICE mit 300 km/h. Beiderlei ermöglicht das häufige Fahren bei hohen Geschwindigkeiten und zudem eine hohe Pünktlichkeit. Die Strecke in Shanghai etwa weist eine Pünktlichkeitsrate von 99,89 % und eine allgemeine Verfügbarkeit von 99,94 % auf, während Strecken des ICE im Vergleich bei 62,4 % liegen (gemäß DB-Angaben, wobei hier Verspätungen erst ab 15 Minuten zählen).

Diese hohe Pünktlichkeit ist auch der Tatsache zu verdanken, dass Magnetschwebebahnen widerstandsfähiger gegenüber Witterungsbedingungen wie Frost und Schnee sind, aufgrund des „Schwebens". Zwar sind die hohen Geschwindigkeiten energieaufwendig, doch die Praxis zeigt, dass ein Transrapid bei 400 km/h genauso energieeffizient ist wie ein ICE bei 300 km/h. Das macht einen Vergleich zwischen Transrapid und ICE als auch gegenüber Inlandsflügen sinnvoll. Des Weiteren macht der Fakt deutlich, dass sich eine Magnetschwebahn insbesondere für den Fernverkehrseinsatz am meisten lohnt. Je nach Energiemix kann der Betrieb dabei ebenfalls klimaneutral erfolgen.

Eine häufige Frage betrifft die Baukosten. Ein Vergleich der Planungsunterlagen der 1998 geplanten ICE Strecke Hannover-Berlin und der geplanten Transrapid Strecke Hamburg Berlin ergab, dass sich die Kosten einer Magnetschwebebahnstrecke in etwa auf dem gleichen Niveau befänden. Heute müsste dies sicherlich neu bewertet werden, insbesondere da Lieferketten neu aufgebaut werden müssten. Anfangs könnte das höhere Kosten verursachen, langfristig jedoch die angestrebte Kostengleichheit mit ICE-Strecken ermöglichen, insbesondere wenn man die geringere Wartung mit einbezieht. Die Strecken selbst bieten einige Vorteile: Sie werden meist in einer Höhe von 3–4 Metern gebaut, was der technischen Notwendigkeit, Sicherheitsanforderungen und diversen passiven Vorteilen zugutekommt, etwa durch die Ermöglichung von Wildwechseln trotz Streckenüberführung und das Überfahren von Feldern. Diese Bauweise bietet den Fahrgästen zudem eine bessere Übersicht auf die umliegende Umgebung.

Des Weiteren ist der Großteil des Antriebs in der Strecke verbaut, was das Gewicht der Magnetschwebebahn auf etwa die Hälfte eines ICEs reduziert. Zur Sicherheit: Viele erinnern sich vielleicht an den Unfall auf der Teststrecke im Emsland 2006, der das damalige Schicksal des Scheiterns quasi besiegelte. Hierbei war jedoch nicht die Technik ursächlich, sondern der Umstand, dass der damalige Lokführer ein Wartungsfahrzeug auf der Strecke übersehen hatte. Rein technisch gesehen bietet ein Transrapid den Vorteil, dass er nicht entgleisen kann. Der Wartungsaufwand ist ebenfalls deutlich geringer: Während herkömmliche Rad-Schiene-Strecken etwa alle 5–10 Jahre gewartet werden müssen, liegt der Wartungsbedarf bei Magnetschwebebahnen aufgrund der geringen Reibung bei etwa 80 Jahren. Ein letzter Streckenvorteil liegt in der Überwindung von Steigungen. Während Rad-Schiene-Systeme maximal 3–4% bewältigen können, sind bei einer Magnetschwebebahn bis zu 10% möglich. Dies verringert den Tunnelbedarf und ermöglicht eine direkte Streckenführung neben oder über Straßen.

Die Anwendung der Magnetschwebetechnik muss sich jedoch nicht auf den zivilen Fernverkehr beschränken. Ein weiteres Modell, der sogenannte „Freightrapid", wurde 2007 in den USA (durch die deutsche Tochterfirma) vorgestellt und sollte den Güterverkehr revolutionieren, indem er Zeit und Kosten reduziert und zudem eine höhere Zuverlässigkeit bietet. Der Freightrapid hat auch Bremsvorteile, die theoretisch auch beim Transrapid existieren, aber im Personentransport nicht vollständig genutzt werden können, da der Bremsvorgang an die Passagiere und ihr Gepäck angepasst ist.

DIE RICHTIGEN WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT SETZEN – WAS NUN NOTWENDIG IST

Ich habe nun aufgezeigt, welches Potenzial in dieser Technologie schlummert. Tatsächlich gibt es nach wie vor eine Firma in Bayern, namens Max Bögl, die aktiv an dieser Technologie forscht und arbeitet. Kürzlich wurde sogar ein Angebot der Firma zur Anbindung des aufgeschobenen Intel-Werks in Magdeburg eingeholt.

Nun ist es notwendig, politisch klare Signale für die Zukunft zu setzen. Gerade im Mobilitätssektor hat sich in den letzten Jahrzehnten viel in Richtung Marktdiversifizierung getan, wie man z.B. am Automobilsektor sehen kann. Es geht dabei nicht darum, die Deutsche Bahn zu ersetzen, da wir sie besonders im Regionalverkehr dringend brauchen. Vielmehr sollte der Fernverkehr durch eine Technologie entlastet werden, die in nahezu allen Belangen überlegen ist und das Potenzial hat, allen Bürgerinnen und Bürgern das Reisen zu erleichtern. Eine solche Technologie könnte der Bahn positive Zukunftsvisionen und Konzepte entgegenstellen, die der Bevölkerung vermitteln, dass wir die Situation endlich spürbar verbessern.

Zusammengefasst könnte der Transrapid ein neues Kapitel im deutschen Mobilitätssektor aufschlagen: ein System, dass die Geschwindigkeit und Effizienz des Fernverkehrs mit einer klimafreundlichen und zukunftsweisenden Technologie vereint. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, braucht es klare Bekenntnisse zur Unterstützung der Magnetschwebetechnologie. Pilotprojekte und Kooperationen mit Unternehmen sollten als Nächstes angestoßen werden, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, die dieses Zukunftsprojekt benötigt. Deutschland hat schon oft gezeigt, was technologisch möglich ist, wenn Innovation und Wille Hand in Hand gehen. Der Transrapid ist eine Chance, diese Tradition weiterzuführen – für eine Mobilität, die schnell, zuverlässig und zukunftsweisend ist. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass „Made in Germany" auch im Mobilitätssektor wieder zum Inbegriff für Exzellenz und Fortschritt wird.

TEXT: WILLIAM SCOTT ANDERS (20)
ist Lehramtsstudent für die Fächer Geschichte und Sozialkunde an Gymnasien in Halle (Saale) und engagiert sich im überparteilichen Arbeitskreis zur Wiedereinführung des Transrapids in Deutschland. Er beteiligt sich an einer Petition, die bald dem Petitionsausschuss des Bundestags vorgelegt wird und bereits über 56.000 Unterstützende zählt. Zudem bringt er sich als Schatzmeisterdes KV Halle (Saale) aktiv in politische Prozesse zur Förderung nachhaltiger Mobilitätslösungen ein. Du erreichst ihn unter **william.scott.anders@julis.de.**

Praktisches Beispiel der Planungsbeschleunigung - Die Elbebrücke der B189

Viele Menschen in unserem Land ärgert es ungemein, das öffentliche Bauprojekten so lange dauern. Man denkt an den BER, Stuttgart21 und die Hamburger Elbphilharmonie. Jedes Mal gibt es Meldungen über Kostensteigerungen und zeitliche Verzögerungen. Danach kommt aber das größte Problem für die Politik, der öffentliche Frust. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass das FDP-geführte Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt (MID) die Möglichkeit zur Beschleunigung der Planung von Verkehrsprojekten durch die Landesstraßenbaubehörde (LSBB) ermöglicht hat. Diese Möglichkeit wird nun für Sachsen-Anhalt erstmals bei der Erneuerung der B189, genauer der Elbebrücke Wittenberge, genutzt. Das Projekt ist auch eines der ersten Projekte bundesweit, das die Möglichkeit zur Planungsbeschleunigung nach § 17 des Bundesfernstraßengesetzes nutzt. Leider sehen andere Straßenbaubehörden das Verfahren noch mit Skepsis. Die gesamte Baustrecke der B189 ist 1,7 km lang, die Elbbrücke wiederum 1,1 km. Die Gesamtkosten für die Erneuerung werden laut Schätzungen bei ungefähr 66 Mio. € liegen. Die Brücke ist 1978 gebaut worden und verbindet die beiden Bundesländer Sachsen-Anhalt und Brandenburg. In unmittelbarer Nachbarschaft der Elbbrücke entsteht eine Brücke für die neue A14. Für diese Brücke soll die Elbbrücke später als Umleitungsstrecke dienen. Leider verschleißt die aktuelle Elbbrücke viel schneller als bei der Planung der A14 angenommen. Dies betrifft vor allem die Vorlandbrücke, die in DDR-Modulbauweise errichtet worden ist. Die aktuelle Brücke wird abgerissen, wenn die neue Brücke der A14 fertiggestellt ist. Warum aber kann die neue Möglichkeit zur Planungsbeschleunigung nach § 17 des Bundesfernstraßengesetzes bei diesem Projekt genutzt werden? Nach diesem Instrumentarium kann die LSBB den Neubau als Unterhaltungsmaßnahme einstufen, obwohl es eine Erweiterung um einen Radweg geben wird. Durch diese Einstufung entfallen insbesondere die Pflichten zur Planfeststellung und zur Prüfung der Umweltverträglichkeit. Die Planer der LSBB schätzen, dass sich dadurch das Verfahren um etwa zwei Jahre verkürzen wird. Somit wird das Projekt bereits Ende 2028 fertiggestellt sein. Dieses Beispiel zeigt, dass Planungsbeschleunigung einen großen Unterschied machen kann. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Ergebnisse staatlichen Handels, gerade im Bereich der Infrastruktur, sehen. Denn dies beweist die Handlungsfähigkeit des Staates besonders stark. Bereits heute lässt sich aber sagen, dass durch die Initiative der FDP-Bundestagsfraktion bereits eine Schippe auf die hier genutzte Änderung des § 17 des Bundesfernstraßengesetzes draufgelegt worden ist. Auch wenn wir uns im Hinblick auf die Planungsbeschleunigung noch sehr viel mehr vorstellen könnten, sieht man an diesem Beispiel, dass sich beim Bohren dicker Bretter Beharrlichkeit auszahlt.

TEXT: CELINE EBERHARDT (26)
studierte dual Arbeitsmarktmanagement bei der Bundesagentur für Arbeit und arbeitet seit 3 Jahren als Integrationsfachkraft im Jobcenter Leipzig. Sie ist seit mehreren Jahren aktiv bei den Jungen Liberalen Bremen und war zuletzt die Europaspitzenkandidatin der FDP Bremen

Unser größter Erfolg in der Ampel, über den NIEMAND SPRICHT

Als einzige große westliche Volkswirtschaft schrumpft unser BIP – zum zweiten Jahr in Folge. Hohe irreguläre Einwanderung belastet die Staatsfinanzen und fordert zunehmend die Demokratie heraus. Dazwischen steuern wir unvorbereitet auf eine demographische Katastrophe zu, die unser Rentensystem gefährdet. Die aktuelle Lage klingt dystopisch. Doch es gibt ein Thema, das oben genannte Probleme zu lösen vermag, bei dem die FDP und Ampel sehenswert abliefern – das jedoch kaum Gegenstand der Debatte ist.

Die Rede ist von der Energiewende. In Betracht dessen, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll, heben politische Mitbewerber regelmäßig einzelne Sektoren und Regelanpassungen zur Emissionseinsparung hervor. Obgleich diese Absicht für das geteilte Ziel Klimaschutz ehrenwert ist, hat sie oftmals kleinkarierte, ineffiziente Maßnahmen zur Folge. Diese helfen dem Klimaschutz nicht ausreichend. Wir müssen ehrlich sein: Kein Verbrenner-Verbot, kein Tempolimit, kein günstiges Nahverkehrsticket wird uns klimaneutral fortbewegen, kein Wärmepumpen-Turbo uns klimaneutral heizen lassen, wenn die dahinterliegende Energie nicht CO2-neutral ist. Die Umstellung unseres Energiesystems ist daher der Grundstein für alle weitere Baustellen auf dem Weg zur Dekarbonisierung unseres Kontinents.

Erfolg der Energiewende

Ein Glück also, dass wir Liberale uns die letzten Jahre in der Ampel beherzt hinter dieses Thema gestellt und echte Erfolge aufzuweisen haben. Kostprobe gefällig?

2024 stammen bisher fast zwei Drittel unseres Stroms aus erneuerbaren Energien. 2021 – vor der FDP-Regierungsbeteiligung – waren es noch weniger als 50%. Der Zubau erneuerbarer Energien wurde maßgeblich gesteigert, z.B. um über 150% bei zugebauter Solarenergie im Vergleich zu 2021. Damit erfüllen wir hiermit die ambitionierten Ziele von deutlich über 10 GW Zubau pro Jahr – mehr als jede andere Regierung zuvor je geschafft oder gar versprochen hat.

Noch nicht zufriedenstellend ist der Ausbau der Windenergie. Zu Glauben, es passiere nichts, wäre jedoch ein Trugschluss. Zuallererst liegt der Ausbau bereits heute höher als vor unserer Regierungsbeteiligung. Und das, obwohl die zahlreichen beschlossenen Maßnahmen nun erst ihre volle Kraft entfalten: Mit dem "Wind-an-Land-Gesetz", den mannigfaltigen Schritten zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der verbindlichen Festlegung von Ausbauzielen und dem damit einhergehenden Hochlauf der Windindustrie in Deutschland haben wir viel erreicht. 70% mehr Zulassungen für Windräder im 1. HJ 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zeichnen ein klares Bild für einen kräftigen, zukünftigen Zubau.

Die überspannende Aufgabe der Umstellung eines zentralen, grundlastbasierten Energiesystems zu einem dezentralen, volatilen Energiesystem bringt noch mehr Veränderung mit sich. Die Vorteile der Dezentralität und allg. geringen Kosten bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien stehen im Verhältnis zu zusätzlichem Aufwand für den Ausgleich der Volatilität, z.B. durch Batteriespeicher und Stromleitungen.

Diese Hürden gehen wir Liberalen ebenfalls an. Durch die Errichtung eines Kernnetzes für Wasserstoff von 10.000 km legen wir den Grundstein für eine flexible Energieversorgung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Der beschleunigte Ausbau der Stromnetze und Stromautobahnen wird durch neue, H2-ready Gaskraftwerke ergänzt, die durch kluge Positionierung im industrielastigen Süden als Flexibilitätspuffer genutzt werden und damit die Netzausbaukosten gering halten können.

Wie hilft die Energiewende unserer Wirtschaft?

Mit all diesen Maßnahmen gehen die Emissionen im Kampf gegen den Klimawandel zurück. Verglichen mit 2016 konnten wir bis heute unsere CO2 Emissionen bei der Stromerzeugung um 40% reduzieren. Doch wir stehen weiter vor einem wirtschaftlichen Stillstand, der unserer Volkswirtschaft das Potenzial für weitere Anstrengungen im Sinne des Klimaschutzes zu rauben droht.

Hilft uns unsere Energiewende also bei unserer wirtschaftlichen Misere? Aber sowas von! Wir bauen als erstes Land das Know-How auf, eine energieintensive, industrielastige Volkswirtschaft zu dekarbonisieren. All das Wissen zur klimaneutralen Transformation eines Landes hegen wir damit in unserer Volkswirtschaft. Mit fortschreitendem Klimawandel und höherem Druck auf eine Umstellung der Energiesysteme (z.B. durch die letzte Einigung der Weltklimakonferenz zur Verdreifachung des weltweiten Ausbaus von erneuerbaren Energien), werden zahlreiche weitere Länder Interesse am deutschen Weg und unseren Lösungen zeigen. Und dieses können wir wiederum als Technologieführer in Form von Produkten und Dienstleistungen in die Welt exportieren und deutsche Qualität erneut zum Kassenschlager machen.

Zudem schaffen wir durch einen hohen Anteil erneuerbarer Energien Unabhängigkeit von unzuverlässigen Energiezulieferern, was der Begriff "Freiheitsenergien" treffend beschreibt.

Natürlich ist noch nicht alles gemacht

Der Fortschritt im Stromsystem ist gut, es kann aber für mehr Tempo noch nachgebessert werden. Wieso haben die Netzbetreiber beispielsweise so hohe Einspruchsmöglichkeiten bei der Installation großer Batteriespeicher und hindern tatkräftige Kommunen und Unternehmen daran, die Energiewende durch Netzflexibilisierung voranzubringen? Außerdem sollten wir wegen geringerer Kosten der Energiewende und höherer Wettbewerbsfähigkeit des Standorts die Stromautobahnen über- statt unterirdisch verlegen. Nicht nur sparen wir so bis zu 35 Milliarden Euro, wir schaffen auch bessere Möglichkeiten zur Wartbarkeit und Nachrüstung dieser Trassen.

Energiewende international denken

Die Energiewende muss zur Umsetzung auch international gedacht werden, da unser gesamtes Energiesystem dekarbonisiert (ergo elektrifiziert) werden muss. Das umfasst auch jegliche Energie für Mobilität, Wärme und Industrie.

Deutschland war Energieimporteur, ist Energieimporteur und wird Energieimporteur bleiben. Früher noch Brennstäbe und Erdöl, stellen wir unseren Import nun um auf Strom, Wasserstoff und eFuels. Internationale Energiepartnerschaften müssen dazu ausgebaut werden. Eine von Deutschland geführte europäisch-afrikanisch Initiative zur Errichtung riesiger PV-Farmen in der Sahara, die gekoppelt mit Elektrolyseuren über Pipelines Europa und Deutschland mit grünem Wasserstoff versorgen ist keine Utopie, sondern eine realistische Möglichkeit für kostengünstige Energie, die wir mit großer Anstrengung verfolgen müssen. Kooperationen zum wirtschaftlichen Aufschwung dieser Länder können dabei auch Rückführungsabkommen mit diesen Staaten umfassen, um so die irreguläre Migration nach Europa kontrollieren zu können und ein weiteres großes politisches Thema in Deutschland entscheidend zu verbessern.

Gehen wir selbstkritisch und konstruktiv optimistisch in die Zukunft

All diese Maßnahmen werden auch dabei helfen, einen folgenschweren Fehler der Bundesregierung zu beheben. Trotz intensivsten Werben der JuLis und FDP beschloss die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie vor dem Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung. Damit Deutschland nicht nochmal einen vergleichbaren Fehler begeht, prägen die Liberalen nun die Zukunft der Energiepolitik und liefern konkrete Verbesserungen und Vorschläge, wie es günstig, schnell und klimaschonend geht. Die bisherigen Ergebnisse können sich allemal sehen lassen und werden mit Blick auf den hohen Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland von ausländischen Energieexperten und Staaten mit großem Respekt vor unserer Leistung aufgenommen.

In Zeiten großer Veränderung und negativen Entwicklungen in Deutschland und der Welt sollten wir uns die bisherige Erfolgsgeschichte der Energiewende zu eigen machen. Schließlich sind wir maßgeblich für diese Errungenschaft verantwortlich. Lasst uns als Liberale also dieses Thema besetzen, die positive Message verbreiten und deutlich machen, dass dies ein grundlegender Erfolg der liberalen Stimme in der Regierung ist.

TEXT: TIMO GUMPP (24)
studierte im Master Wirtschaftsinformatik an der Universität Mannheim. Als Leiter des Bundesarbeitskreis Klima, Umwelt & Infrastruktur der JuLis sowie als stellvertretender Leiter des Bundesfachausschuss Klima und Energie der FDP setzt er sich bei Jugendorganisation und Partei für Klimaschutz ein. Anregungen und Kritik gerne an **timo.gumpp@julis.de**.

15 JAHRE SCHULDENBREMSE – EIN RESÜMEE

Am 1. August 2009, wurde in Deutschland ein Meilenstein der Haushaltsdisziplin eingeführt: die Schuldenbremse. Eingebettet in das Grundgesetz, setzt sie dem deutschen Staat klare Grenzen in der Neuverschuldung und zielt darauf ab, das Wachstum der Staatsschulden zu begrenzen und letztlich eine Überschuldung effektiv zu verhindern. Was damals als seltene Voraussicht auf, die sich anbahnende Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union beschlossen wurde, hat die Haushalts- und Wirtschaftspolitik in Deutschland maßgeblich geprägt und ist bis heute permanenter Gegenstand der politischen und öffentlichen Debatte. Gerade weil die Schuldenbremse erst seit 2019 im vollen Umfang ihre Anwendung findet, bietet 15-jährige Bestehen der Schuldenbremse Anlass ein ausführliches und nüchternes Resümee zu ziehen.

Um das entscheidende Ziel der Schuldenbremse zu begreifen, hilft es, sich die Wirtschaftslage im Zuge der globalen Finanzkrise in Erinnerung zu rufen. In Folge der Weltwirtschaftskrise explodierte die Verschuldung zahlreicher Staaten und verursachte auf diese Weise die nächste Krise, in der mehrere Europäische Staaten unmittelbar vor der Staatspleite standen. Als Länder wie Griechenland mit Hilfsgeldern ums finanzielle Überleben kämpfte, übernahm Deutschland eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung der Europäischen Wirtschaft. Denn dank der Schuldenbremse erreichte die deutsche Staatsverschuldung bereits 2010 ihren Höhepunkt und sank in den folgenden Jahren der Staatsschuldenkrise wieder in Richtung eines nachhaltigen Niveaus. Diese Krise zeigte, wie gefährlich eine ausuferne Staatsverschuldung sein könnte und welche weitreichenden Folgen unkontrollierte Staatsausgaben für die wirtschaftliche Stabilität haben können. Diese fundamentale Gefahr und die damit verbundene Aufgabe zur Vermeidung der Schuldenbremse ist in der heutigen politischen Debatte mitunter in völlige Vergessenheit geraten.

Und dabei ist die Schuldenbremse keineswegs ein Werkzeug der akuten Krisenbewältigung, sondern ein Präventionsmechanismus, um zuverlässig diese Art der selbstverursachten Krisen verlässlich zu vermeiden. In den folgenden Jahren wurde die deutsche Staatsverschuldung kontinuierlich reduziert, während gleichzeitig die deutsche Wirtschaft florierte. Begleitet wurde der wirtschaftliche Aufschwung von sinkenden Arbeitslosenzahlen und abnehmenden Zinskosten der öffentlichen Haushalte. Der bemerkenswerteste Vorteil der Schuldenbremse zeigt sich jedoch mit Eintreten der Coronapandemie. Während hochverschuldete Staaten wie Italien politische Maßnahmen mit größter Sorgfalt damit abwägen mussten, inwiefern zusätzliche Schulden zu höheren Zinskosten und Zweifeln an der finanziellen Stabilität führten, konnte Deutschland größte Handlungsfähigkeit beweisen, ohne befürchten zu müssen, dass darunter die Kreditwürdigkeit des Staates leiden würde. Es ist allein der Schuldenbremse zu verdanken, dass Deutschland in Krisenzeiten aus finanzpolitischer Sicht über exzellente Handlungsfähigkeit verfügen konnte. Gerade in den aktuellen unruhigen Zeiten, wo jederzeit mit unvorhersehbaren Krisenherden gerechnet werden muss, ist es unerlässlich den finanziellen Handlungsspielraum zur Bewältigung eben jener Krisen garantieren zu können. Von der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates hängen in Wirtschaftskrisen zahlreiche Arbeitsplätze und die materielle Lebenssicherung der Menschen ab. In einer Pandemie entscheidet diese Frage der Handlungsfähigkeit mitunter sogar über das Überleben von Menschen. Wer den Grundsatz nachhaltiger Staatsfinanzierung leugnet, beweist Kurzsichtigkeit im politischen Denken und Ignoranz gegenüber möglichen Krisen.

Die politische Kritik an der Schuldenbremse lässt sich dabei im Kern auf gewünschte Bequemlichkeit bei der Finanzierung von exzessiven Ausgabewünschen zusammenfassen. Es ist einfach für jedes Problem staatliche Gelder zu versprechen, wenn die unbequeme Frage der Finanzierung auf zukünftige Generationen abgewälzt werden kann. Es ist nachvollziehbar, dass eine Schuldenbremse, welche die Politik zum Einbeziehen der Interessen junger Menschen und dem Setzen von Prioritäten zwingt, diesen Gießkannenpolitikern ein Dorn im Auge ist. Die mit der Kritik regelmäßig verbundene Perversion des Investitionsbegriffes ist dabei nicht bloß Beweis einer populistischen Kommunikationsstrategie, sondern widerspricht auch den empirischen Tatsachen. Zwar ist es richtig, dass die staatlichen Investitionen dringend und erheblich gesteigert werden müssen, aber die Verantwortung für den, über Jahrzehnte aufgebauten Investitionsstau, trägt keineswegs die Schuldenbremse. Selbst unter Anwendung der „Goldenen Regel“, wonach staatliche Investitionen vollständig und unbegrenzt über Schulden finanziert werden konnten, waren die Investitionsausgaben rückläufig und unterhalb des Bedarfes. Nach aktuellen Schätzungen unterschiedlicher Forschungsinstitute liegt der Investitionsbedarf jährlich im mittleren zweistelligen Milliardenbereich. Gemessen an den staatlichen Gesamteinnahmen entspricht dies schon heute nur einzelnen Prozentpunkten, sodass weder eine Aussetzung der Schuldenbremse noch zusätzliche Steuererhöhungen notwendig sind, um diesen Mehrbedarf zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund von einer „Zukunftsbremse“ zu sprechen, verdreht statistische Tatsachen und versucht die Investitionsbedürfnisse gegen Stabilitätsnotwendigkeiten gegeneinander auszuspielen.

Abseits der Forderungen nach einer grundsätzlichen Abschaffung und dem Schaffen von Investitionsausnahmen, lässt sich jedoch tatsächlich sinnvollere Kritik an der Schuldenbremse finden. Die angewandte Politik insbesondere der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Schuldenbremse durch Schattenhaushalte vergleichsweise einfach umgangen werden kann. Für die Stabilitätsmechanismen unseres Wirtschaftssystems spielt es jedoch keine Rolle, ob die Staatsschulden formell unter die Schuldenbremse fallen, oder durch Haushaltstricks auf andere Weise verbucht werden. Bereits aus der Perspektive eines Rechtsstaates ist es notwendig, diese Schlupflöcher zu schließen und die Wirkung der Schuldenbremse auszuweiten. Daneben erscheint es sinnvoll die dynamische Verschuldungsmöglichkeiten im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik zu erweitern. Solange der symmetrische Ausgleich, also die gleichgewichtete Berücksichtigung von wirtschaftlichem Auf- und Abschwung eingehalten wird, ließen sich auf diesem Wege wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit ohne Verlust von finanzieller Stabilität gewinnen. Aus der intensiven Auseinandersetzung mit der Schuldenbremse in ihrer Geschichte und der wirtschaftlichen Bedeutung, muss man zwingend erkennen, dass die Erfindung der deutschen Schuldenbremse eine seltene finanzpolitische Erfolgsgeschichte ist. Mit Verfassungsrang zwingt sie die Regierung zur Prioritätensetzung bei den Staatsausgaben, und verhindert somit nicht nur, dass junge Menschen und zukünftige Generationen zum Opfer kurzsichtiger Tagespolitik werden, sondern bewahrt insbesondere dauerhaft die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates. Besonders in der Pandemie, aber auch in jeder anderen Krise, zeigt sich die gewonnene Handlungsfähigkeit, die Deutschland durch die Schuldenbremse gewinnt. Gerade in einer Zeit, die von politischer Unsicherheit und vielfältigen Krisenlagen geprägt ist, bedarf es mehr und nicht weniger Langfristigkeit in den politischen Überlegungen. Der Blick die politische Landschaft verrät dabei, dass selbst die Union sich zu mindestens auf Länderebene bereits überwiegend gegen eine nachhaltige Finanzpolitik ausspricht. Es ist zu erwarten, dass das Überleben des Erfolgsmodells der Schuldenbremse zeitnah allein an dem Erfolg und der Entschlossenheit von Liberalen abhängt.

TEXT: KEVIN NAUMANN (28)
studiert Quantitative Economics in Kiel.
Ihr erreicht ihn unter
naumann@julis.de.

Von Weltrekorden und Pionierleistungen: DEUTSCHE BAUKUNST

„Das kann Deutschland“:

Deutschland ist nicht nur das Land der Dichter und Denker. An deutschen Hochschulen und Universitäten werden ebenso hervorragende Architekten und Ingenieure ausgebildet, die regelmäßig wegweisende Großbauprojekte von weltweiter Bedeutung verwirklichen. Dabei spielen Infrastruktur, Sport sowie Kunst und Kultur eine wichtige Rolle, da diese in den meisten Fällen den Anlass für die wagemutigen Bauwerke geben. Nachfolgend eine Übersicht mit den beeindruckendsten Umsetzungen, die keinen Anspruch Vollständigkeit erhebt.

Die Elbphilharmonie

Ohne Frage ist die Elbphilharmonie in Hamburg (vielen nur als „Elphi“ bekannt) eine architektonische wie ingenieurmäßige Meisterleistung. Nirgendwo sonst wurde in bzw. auf ein bestehendes Bauwerk eine so große Erweiterung gesetzt. Die Elbphilharmonie wurde teils in / teils auf dem Kaispeicher A errichtet, in dem bis ins Jahr 1990 hinein Tabak, Kakao und Tee gelagert und umgeschlagen wurden. Die Fassade des alten Speichers wurde während des Baus entkernt und nahezu in Gänze erhalten, was in Anbetracht der das Baugrundstück von drei Seiten umgebenden Elbe eine immense Herausforderung war. Zudem befindet sich in der Elphi einer der größten in ein Gebäude eingehängten Säle der Welt. Denn der Konzertsaal wurde komplett ohne steife Verbindung zum restlichen Bauwerk errichtet; ihn tragen 362 flexible Federn, wodurch die Akustik im Saal von der Außenwelt entkoppelt ist.
Der Bau der Elbphilharmonie hat zugegebenermaßen deutlich länger gedauert und deutlich mehr Geld verschlungen als ursprünglich angenommen. Aber wen stört das heute noch, wenn er vor diesem imposanten Bauwerk steht? Und allgemein gilt; nachdem solche Jahrhundert- bzw. in manchen Fällen Jahrtausendbaustellen einmal abgeschlossen sind, stört sich bereits nach kurzer Zeit niemand mehr ernsthaft daran, wie aufwendig sie waren. Bspw. die Errichtungen der Dome in Köln (632 Jahre) oder Florenz (207 Jahre) werden heute schließlich auch nicht mehr in Frage gestellt.

Flughafen Frankfurt – Terminal 3

Er ist das derzeit größte Infrastrukturprojekt Europas – doch über die Grenzen Hessens hinaus nimmt kaum jemand Notiz davon: der Bau des Terminal 3 des Flughafen Frankfurt.
Ab dem Jahr 2026 sollen im Terminal 3 jedes Jahr über 19 Millionen Fluggäste an- und abreisen. Damit wird allein dieser Terminal größer sein als der gesamte Hamburger Flughafen und fast so groß, die der Flughafen Berlin-Tegel zu seiner Spitzenzeit war. Die Kapazität in Frankfurt wird mit dem Terminal 3 um ungefähr 30 Prozent erhöht. Nach der Fertigstellung wird der Flughafen Frankfurt mit einer Kapazität von dann 90 Millionen Fluggästen pro Jahr wahrscheinlich zum größten Flughafen Europas aufsteigen.

Eines der höchsten Holzhäuser der Welt

Richten wir unseren Blick erneut nach Hamburg. Hier entsteht seit 2020 mit dem „Roots“ (früher „Wildspitze“) ein Holzhaus, das mit 65 Metern Höhe als eines der ersten weltweit als Holzhochhaus bezeichnet werden darf.
Ein wegweisendes Bauvorhaben, da in Zukunft europaweit mit vielen weiteren Holzbauvorhaben zu rechnen ist. Der technische Fortschritt erlaubt immer größere Spannweiten und Bauhöhen mit dem Baustoff Holz, der u.a. aufgrund der Nachteile von Beton (hoher CO2-Ausstoß in der Herstellung, weltweite Sandknappheit) bei Architekten immer beliebter wird.

Die Zugspitzseilbahn

Seit dem 21. Dezember 2017 bringt die neue Zugspitzseilbahn Wanderer und Touristen auf Deutschlands höchsten Gipfel – die Zugspitze. Dabei erleben die Fahrgäste gleich drei Weltrekorde. Mit 3.213 Metern überspannt die Zugspitzseilbahn das längste Spannfeld – also das längste durchhängende Streckenstück einer Seilbahn – weltweit. Zudem ist die 127 Meter hohe Stahlstütze die höchste der Welt und der insgesamt von der Bahn überwundene Höhenunterschied (1.945 Meter) der Größte. All das ist also eine echte Pionierleistung!

Deutsche Ingenieur- und Architekturkunst im Ausland

Auch im Ausland kann man deutsche Baukunst bestaunen. Der im wahrsten Sinne des Wortes größte deutsche Exportschlager sind hierbei Fußballstadien. So wurden drei der fünf neuen Fußballstadien Südafrikas für die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 von deutschen Architekten und Ingenieuren entworfen. Das anmutigste von ihnen ist wohl das Stadion in Durban, das deutschen Fans positiv in Erinnerung sein sollte. Auch bei der Weltmeisterschaft in Brasilien 2014 waren deutsche Baumeister im Einsatz und wirkten maßgeblich an sechs der zwölf Neubauten mit. Somit wurde Deutschland als nicht nur Fußball-, sondern auch Stadionbau-Weltmeister.
Außerdem ist das Stadion „974“ zu erwähnen. Dieses wurde auf Grundlage deutscher Entwürfe und Planungen für die Fußball-WM 2022 in Qatar gebaut und besteht aus 974 ISO-Containern. Es soll wieder abgebaut, per Containerschiff verschifft und an anderer Stelle erneut aufgebaut werden können. Eine innovative Lösung, um dem Problem der Einmal-Nutzung von Stadien, die für einmalige Großereignisse gebaut werden, zu begegnen.

Meisterleistungen der Vergangenheit

Wenn man ein wenig in die Vergangenheit schaut, fallen drei zur damaligen Zeit sensationelle Bauwerke aus Norddeutschland ins Auge. Der Nord-Ostsee-Kanal, der Hamburger St.-Pauli-Elbtunnel und der Hindenburgdamm, der die Insel Sylt mit dem Festland verbindet, die 1895, 1911 bzw. 1927 eröffnet wurden, waren bis zu ihrer Eröffnung unvorstellbare Bauwerke, die der Welt den Fortschritt vor Augen führten und Rekorde aufstellten. So ist der Nord-Ostsee-Kanal bis heute die meistbefahrene künstliche Schifffahrtsstraße der Welt. Der Hindenburgdamm war zu seiner Eröffnung der längste Eisenbahndamm der Welt und hatte somit enormen Vorbildcharakter.
Auch in der ehemaligen DDR wurden große Ingenieurbauwerke auf deutschem Boden errichtet. Zu nennen ist der Berliner Fernsehturm. Dieser war zu seiner Fertigstellung der zweithöchste Fernsehturm und das dritthöchste Bauwerk der Welt. Insofern ist der Berliner Fernsehturm wohl das letzte deutsche Bauwerk, mit dem politische Führer der Welt ihre Fähigkeiten demonstrieren wollten. Solche Zurschaustellungen sind wir heute aus dem Nahen Osten und aus dem asiatischen Raum gewohnt, wie bspw. das Burj Khalifa verdeutlicht.

TEXT: LAURENT PUTZIER (23)
studiert Bauingenieurwesen im Master an der Technischen Universität Berlin und ist der Schatzmeister des LV Berlin. Du erreichst ihn hier: **laurent.putzier@julis.de.**

Deutschland kann Innovation

- STARTUPS **MADE IN GERMANY**

Eine ganz besondere Bubble in der ich auch sehr oft anderen JuLis begegne: die Gründerszene in Deutschland. Gerade hier ist Deutschland auf einem guten Weg: Die Systeme und Infrastruktur, die Gründungen ermöglichen sind in vielen Zentren in-place und werden ausgebaut. Einige der gesetzlich bedingten Standortnachteile existieren zwar noch, aber Beschlüsse wie das Zukunftsfinanzierungsgesetz bringen uns den Vorteilen anderer Standorte näher, geben Grund zu Optimismus.

Der Zugang zu Wagniskapital und den damit verbundenen Investitionen in StartUp Unternehmen sind konjunkturbedingt rückläufig. Daraus zu implizieren es stünde allgemein schlecht um unsere Gründungskultur wäre jedoch komplett falsch. Wagniskapital ist ja kein Selbstzweck, sondern wird investiert, um zukünftig profitfähige Unternehmen wachsen zu lassen. Viele der großen Venture Capital Investments der vergangenen Jahre haben dieses Ziel ohnehin verfehlt, und nur Insolvenzen verzögert. Die Investitionsknappheit schafft Anreize für StartUps, früher profitabel zu sein, früher greifbare Lösungen mit Kundennutzen zu schaffen - statt mit scheinbar unerschöpflichem Wagniskapital Luftschlösser zu bauen. Das kommt letztendlich auch Gründern selbst zugute, die zu optimistische Annahmen früher entlarven können.

Ausgründungen sind an unseren Universitäten keine Seltenheit mehr - im Gegenteil, es gibt schon jetzt viele StartUp- und Entrepreneurship-Zentren, die Studierende bei Ausgründungen begleiten. Einige Universitäten wir das Karlsruher Institut für Technologie mit dessen Gründungszentrum "KIT Gründerschmiede" treten auch als langfristige strategische Start-Up Investoren auf und erleichtern den Transfer von Patenten in ihre Ausgründungen. Die hier errichtete Infrastruktur bleibt auch für kommende bessere Wirtschaftslagen.

In welcher Phase du als (potentieller) Founder auch stehst, gibt es Angebote um dich weiterzubringen: In der Ideenfindung helfen dir studentische Gründungsinitiativen. Beim Prototyping und Markteintritt unterstützen dich Incubator- und Accelleratorprogramme. Sehr viele dieser Programme sind kostenfrei, auch unter den privatwirtschaftlich betriebenen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schüttet zudem die Exist-Gründerstipendien und Gelder für Forschungstransfer in die Wirtschaft aus, sowie ein neues Förderungs-Programm zur Frühphasen StartUps im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Noch besser wird die Situation durch den aktuell vom BMWK ausgeschriebenen Leuchtturmwettbewerb Startup Factories. Ziel ist, in Deutschland an 5-10 Standorten hochschlübergreifende StartUp-Ökosysteme von Größe zu etablieren. In einigen Regionen herrscht eine Art Aufbruchsstimmung, und private Investoren wie Stiftungen und Corporates erweitern die Finanzierung der Gründungszentren.

Ein vorangehendes Beispiel ist der BildungsCampus Heilbronn. Hier werden unter leitender Finanzierung der Dieter Schwarz Stiftung StartUps unterstützt, teils auch bei Finanzierungsrunden, und Neugründer beraten. Die Technische Uni München und ETH Zürich haben beide Niederlassungen eröffnet - das lokale Ökosystem wächst! Durch die Kombination aus Gründungszentren und Hochschulen wird es hier leichter, neue Unternehmen mit technischen Produkten zu gründen, aber auch das Wachstum bestehender erfolgreicher StartUps wird gesichert. Corporates als Partner des Ökosystems starten hier häufig als Pilotkunden der StartUps. Sie profitieren dadurch von den neuen Technologien, zum Beispiel durch bessere Planbarkeit in Lieferketten, oder vielen anderen Usecases. Ein langfristiger Benefit, der sich positiv auf die gesamte Wirtschaft in Deutschland auswirken kann, wenn nur genug andere Zentren auch diesem Vorbild folgen.

Als Gründer bin ich selbst super dankbar für all diese Möglichkeiten. Jetzt ist die beste Zeit für Optimismus und Mut zu innovativen Lösungen Made in Germany!

TEXT: FINN GLAS (22)
hat Physik studiert und in Heilbronn ein KI-StartUp gegründet. Bei Fragen & Anregungen erreichst du ihn unter:
finn@finnmglas.de

DUAL + FÜR DIE FREIHEIT!

Was Europa von uns lernen kann!

Zwei Wege, zwei Lernorte, zwei Menschenbilder –Theorie und Praxis. Gemeinsam bilden sie unser deutsches Ausbildungssystem, das nicht nur Chancengerechtigkeit verwirklicht, sondern in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit jungen Menschen berufliche Teilhabe und eine Zukunftsperspektive sichert. Ein System dessen Ursprung in der vorindustriellen Zeit zu finden ist, ist längst mehr als ein nationales Erfolgsmodell: Es wird zunehmend zum Vorbild für Länder unserer Europäischen Union, die darin nun eine Antwort auf soziale Ungleichheiten, Fachkräftemangel und steigende Arbeitslosigkeit finden.
Wie schafft man ein Bildungssystem in dem alle – gleichsam ihres Alters, ihrer Herkunft oder ihres Bildungsniveaus – für ihre finanzielle Freiheit arbeiten können? Mit dem dualen Ausbildungssystem hat Deutschland genau diese Idee Wirklichkeit werden lassen. Schon in jungen Jahren setzt es den ersten Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe. Für junge Menschen bietet das duale System eine Chance, beruflich Fuß zu fassen, finanziell unabhängig zu werden und Verantwortung zu übernehmen – und das ganz unabhängig von ihrem schulischen Abschluss. Die Attraktivität dieses Modells endet jedoch nicht bei den Auszubildenden. Auch die Unternehmen wissen: Die Ausbildung im eigenen Haus ist eine Investition in die Zukunft. Viele Betriebe haben das erkannt und werben heute mit vielfältigen Anreizen um die Fachkräfte von Morgen.
Die duale Ausbildung als Garant für Inklusion? Was bedeutet es Menschen zu inkludieren? Während sich Nutzer auf Social Media über ausländische Mitbürger echauffieren und politische Vertreter diesen Hass und Hetze für die eigenen Zwecke instrumentalisieren, sitzen Berufsschülerinnen und Berufsschüler mit diversen Hintergründen gemeinsam im Klassenzimmer und lernen. Während Menschen mit Behinderung zu oft auf ihre Behinderung reduziert werden, schafft die Ausbildung eine Liberalisierung von Stigmata, und folgerichtig berufliche und soziale Teilhabe. Heute noch müssen Auszubildende die Wertigkeit des eigenen Abschlusses verteidigen, trotz aller Freiheiten die Personengruppen, die unsere Gesellschaft bereichern, erhalten. Wegen gerade dieser Möglichkeit, Menschen zu integrieren und damit Chancengerechtigkeit voranzutreiben, ist die Anerkennung und Betonung der Wichtigkeit von Ausbildungen so dringlich.

Was Europa von uns lernen kann?

Länder wie Spanien und Schweden verzeichnen eine Jugendarbeitslosenquote von über 25 %. Diese liegt in Deutschland bei nicht einmal 7 %. Das duale Ausbildungssystem, das von deutschen Unternehmen wie Bosch und Miele ins Ausland exportiert wird, kann bei der Senkung dieser Zahlen helfen. Denn es bietet jungen Menschen neben beruflichen Perspektiven auch eine Form der wirtschaftlichen Eigenständigkeit. Es ist ein System, das Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft entfacht. Länder mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit sind anfällig für verheerende soziale Spannungen. Diese Spannungen könnten durch den Aufbau dualer Ausbildungsstrukturen verringert werden, in dem Perspektiven geschaffen werden. Die aktive Förderung des dualen Systems durch deutsche Unternehmen im Ausland zeigt, dass Bildung und Wirtschaft eng zusammenarbeiten können, um den sozialen Frieden in Europa zu stützen und langfristig zu stabilisieren. So wird das duale Ausbildungssystem zu einem Mechanismus, der nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Stabilität fördert.
Auch erfolgreiche Systeme können wachsen. Um das duale Ausbildungssystem bestmöglich zu optimieren, sollten wir auch seine Herausforderungen beleuchte. Die Berufsspezifische Fächer und Lehrpläne, die von Fachpersonal entworfen und unterrichtet werden, kann ich aus eigener Erfahrungen sagen, haben ein hohes fachliches Niveau und Praxisnähe. Anders sieht es leider bei neben Fächern aus. Hier werden die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft – womöglich liegt es daran, dass das System in diesen Fächern Berufsschülern nicht genug zutraut und die Anforderungen daher sehr gering sind.
Dabei sollten wir genau hier ansetzen und die Ansprüche anheben, um das allgemeine Bildungsniveau zu stärken, um die jungen Menschen der Zukunft ausreichend zu fördern. Das würde dafür sorgen, dass nicht nur Berufsspezifische Fähigkeiten gestärkt werden, sondern auch allgemeine Kompetenzen. Deutschland kann sich hier als Vorbild positionieren, und zeigen, dass auch funktionierende Systeme den Raum haben für Optimierung und Weiterentwicklung.
Das duale Ausbildungssystem funktioniert – und es zeigt, wie Deutschland seine wichtigste Ressource fördert: die jungen Menschen. Gemeinsam mit kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch mit großen Konzernen werden junge Menschen nicht allein gelassen. Sie werden in die Lage versetzt ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Kein Wunder, dass viele Auszubildende später auf die Zeit der Ausbildung als unglaublich prägend zurückblicken. Gesellen und Meister erzählen von „Schubs ins kalte Wasser" der ihnen gezeigt hat, was alles in ihnen steckt. Unternehmen setzen Vertrauen in die Fähigkeiten ihrer Auszubildenden und bieten ihnen eine Perspektive für die Zukunft. Die europäischen Länder, die sich an dem System ein Beispiel nehmen, beweisen vor allem eines – unsere Jugend ist uns wichtig. Das duale System steht für Kompetenzen, Chancengerechtigkeit, Inklusion und eine gemeinschaftliche Zukunft – und Deutschland geht hier als Vorreiter voran.

TEXT: CAROLINA MAIER (20)
macht aktuell eine Ausbildung zur Elektronikerin für Gebäude System Integration

DEUTSCHLAND KANN MEHR

Warum Liberalismus wichtiger denn je ist

Wenn es den Liberalismus nicht gäbe, dann wäre spätestens jetzt der richtige Zeitpunkt, um ihn zu erfinden. Wie ich zu diesem Gedanken komme? Lasst es mich erklären: Die Ergebnisse der Wahlen in Europa, in Sachsen, Thüringen und zuletzt in Brandenburg bringen mich dazu, genauso wie die seit Jahren wachsenden Ressentiments gegenüber unserer demokratischen Grundordnung. Auch die immer stärker werdenden autoritären Bestrebungen von rechts und links und die Warnungen von Politik- und Sozialwissenschaftlern über die Krise der Demokratie in den letzten Jahren tragen dazu bei: Unsere Gesellschaft ist von tiefen Gräben durchzogen, und nun müssen sie endlich überbrückt werden. Ich glaube, diese Aufgabe liegt an uns Liberalen. Nun können – und müssen – wir die Kraft des gesellschaftlichen und politischen Fortschritts sein, wie wir es immer schon gewesen sind. Denn kaum jemals ist für eine Partei der Freiheit mehr zu holen gewesen, als heute. Das mache ich an den folgenden drei Thesen fest.

1. Mehr Vertrauen in die menschliche Eigenverantwortung und weniger in den Staat

Als Liberale gehen wir vom Einzelnen aus – von seiner Fähigkeit zu urteilen, zu hinterfragen und eine Meinung zu formulieren; von seiner Bereitschaft, zu lernen, von seinem Willen, sich weiterzuentwickeln oder auch einfach nur seine Meinung zu ändern, weil sich die eigenen Ansichten und Erkenntnisse geändert haben. Das ist nicht nur im Kontext der letzten Wahlergebnisse wichtig, sondern auch mit Blick auf andere staatliche Eingriffe, die beispielsweise im Zusammenhang mit Klimaschutz oder dem sozialen Sicherungssystem immer wieder gefordert werden. Daran sollten wir uns halten: Der Staat gibt den Rahmen für Sicherheit, Freiheit und wirtschaftlichen Austausch vor. Alles Weitere liegt in der Hand der Bürger.
Auch wenn der Impuls, mehr Gewalt in staatliche Hand legen zu wollen, in Anbetracht der Vielzahl an Herausforderungen nachvollziehbar ist: Ich glaube nicht daran, dass irgendein Staat bessere Entscheidungen treffen kann, als der Einzelne für sich selber. Ich halte wenig von obrigkeitsstaatlichem Zwang, egal in welchem Kontext. Und gerade die letzten Wahlergebnisse sollten uns umso vorsichtiger machen, wenn es genau darum geht. Sie sollten uns vielmehr noch darauf aufmerksam machen, wie riskant die Forderungen nach mehr staatlicher Regulierungen dann sind, wenn die staatliche Gewalt in die falschen Hände gerät. Wollen wir Klimaschutz, unsere Rente, unseren Wohlstand völlig in die Hand des Staates legen und sie damit womöglich in die Reichweite der extremen Ränder befördern? Oder wollen wir uns einsetzen für zukunftsfähige Regelungen, die unabhängig von wechselnden Regierungen auf Initiative des Einzelnen beständig bleiben?

2. Liberalismus als Basis der Demokratie

Demokratie muss immer wieder aus- und verhandelt werden. Demokratie ist anstrengend, vor allem, wenn man nicht die Meinung der Mehrheit teilt. Und Demokratie kann spaltend wirken, wenn sich verschiedene Lager immer weiter auf ihre Positionen zurückziehen. Die Kraft der Liberalen liegt darin, dass der Austausch und das Hinterfragen der eigenen Positionen eine Quintessenz ihrer DNA ist. Die Ergebnisse der Landtagswahlen zeigen, dass pauschales Abstempeln und Gesprächsverweigerung keinen Vorteil bringen, sondern uns nur noch viel tiefer in ein Dilemma hineinreiten.
Klar ist nämlich auch: Mit der AfD und dem BSW sind mindestens in Teilen Deutschlands zwei extreme Parteien in der Mitte der Parlamente angekommen. Beide teilen deutlich freiheitsfeindliche Tendenzen. Sie jedoch deshalb aus dem parlamentarischen Austausch auszuschließen, stünde entgegen liberaler Werte – nicht, weil ich ihre Ansichten in irgendeiner Weise für richtig halte, sondern vielmehr, weil sie eben demokratisch von Wählern gewählt worden sind. Nun liegt es an uns, im politischen Austausch genauso auf die Fehlschlüsse dieser Parteien hinzuweisen, wie von deren Seite (mehr und weniger berechtigte) Kritik an der Ampel geübt wird. Welche Perspektiven bringt es wirklich, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen, und zwar für Deutschland und Europa? Was würden konsequente innereuropäische Grenzkontrollen oder sogar -schließungen langfristig für die eigenen Urlaubspläne bedeuten? Wie soll die Rente in 50 Jahren aussehen, und wie soll sie finanziert werden?
Als Liberale dürfen wir diese Wähler nicht einfach abstempeln. Vielmehr ist es nun unsere Aufgabe, ihnen die Realität und die Konsequenzen dieser verfolgten politischen Linien nahezubringen – und ihnen Alternativen anzubieten. Aufgabe der Politik ist es jedenfalls nicht, Ängste zu schüren und Probleme aufzuwerfen, sondern Probleme zu lösen und konstruktiv entsprechende Angebote dazu zu erarbeiten.
Die Superkraft der Liberalen in der Demokratie ist der Austausch. Wir müssen auf Augenhöhe ins Gespräch kommen und Lösungen für aufgeworfene Probleme finden. Wir müssen aber auch entschiedener denn je für unser System der liberalen Demokratie und Marktwirtschaft eintreten und sie gegen alles verteidigen, was dem entgegensteht.

3. Liberalismus als Quelle von Wohlstand und Fortschritt

Das bringt mich zu meinem dritten Gedanken. Schon immer sind Liberalismus und Marktwirtschaft Quelle von Wohlstand und Fortschritt gewesen. Mit der Wirtschaftswende setzen wir alles daran, dass das Versprechen des Aufstiegs kein Mythos in Deutschland wird. Wir müssen das vorhandene Potential in unserem Land besser ausschöpfen, um unsere Zukunftsaussichten weiter zu verbessern. Das kann bedeuten: Wir wollen unnötige Bürokratie abbauen und der Ressourcenverschwendung ein Ende setzen. Das kann auch bedeuten: Wir belassen die Infrastruktur der Schiene in staatlicher Hand, den Betrieb der Bahn aber privatisieren wir. Wir müssen genau hinsehen, an welcher Stelle Geld gebraucht wird, und an welcher Stelle es verschwendet wird. Nur so bleiben wir wettbewerbsfähig.
Und nicht zuletzt: Die Wahlen in Ostdeutschland haben leider gezeigt, dass immer noch viel zu viele Menschen in Deutschland nicht die Vorteile der liberalen Marktwirtschaft erfahren haben. Als Liberaler sehe ich es als unseren Auftrag, strukturschwache Regionen zu unterstützen und Wachstumskräfte vor allem dort zu stärken. Wir brauchen Impulse für den Standort Deutschland und eine Politik, die den Menschen das wirtschaftliche Vorankommen erleichtert. Dem Narrativ des drohenden Untergangs gilt es nun, mit vollem Optimismus und Vertrauen die Gestaltungskraft des Einzelnen entgegenzusetzen.
Aber nicht nur die Demokratie ist unter Druck, auch wir als FDP sind es. Von harten Zeiten können wir ein Lied singen – ich selbst bin 2015 in die Partei eingetreten. Nun steht auch uns eine Wende bevor. Im Kern müssen wir uns als Liberale fragen, ob die FDP bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen, Brücken über die Spaltungen der Gesellschaft zu schlagen und eine wirklich liberale Partei zu sein. Das bedeutet: Anderen jeglicher Partei auf Augenhöhe zu begegnen, sie als gewählte Volksvertreter zu respektieren und die daraus sprechenden Anliegen der Wähler ernst zu nehmen – genauso wie es heißt, deutlicher denn je für unsere freiheitlichen Werte einzustehen, eine Zusammenarbeit mit autoritären Kräften abzulehnen und deutliche Position gegenüber denjenigen zu beziehen, die diese Freiheit beschränken wollen. Wir machen weiter, weil das Versprechen des Liberalismus gültig bleibt.

TEXT: FABIAN GRIEWEL (27)
kommt aus Soest in Nordrhein-Westfalen, ist Bundestagsabgeordneter und dort Mitglied im Verkehrs-, Innen- und Landwirtschaftsausschuss. Von 2015 bis 2019 war er Mitglied des JuLi-Bundesvorstandes bzw. JuLi-Landesvorstandes NRW.

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Samuel Kessler (samuel.kessler@julis.de)

AutorInnen: William Scott Anders, Franziska Brandmann, Celine Eberhardt, Jasmin Ebrahimian, Louis Fuhrmann Finn Glas, Fabian Griewel, Timo Gumpp, Victoria Kamprath, Leonard Kern-Wagner, Carolina Maier, Bo Müller, Kevin Naumann, Laurent Putzier, Niklas Schürmann
Auflage: 11.000 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.
Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an samuel.kessler@julis.de.

Bildnachweise
© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: Adobe Stock
Illustrationen und Fotos:
Adobe Stock: S.4 (2), S.5 (1), S. 6-7 (8), S. 12-13, S. 14-15, S. 16-17 (2), S.18-19, S. 20-22 (2), S. 24-25, S. 26-27, S.28-29 (4), S. 30-31, S.32-33 (2), S.34-35
Unsplash.com: S.18-19
Wikipedia.org: S.23, Niteshift, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Dieses Magazin wird gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

WIR SIND DIE
FAIR-GEGENÜBER-
JUGENDLICHEN-
VERSICHERUNG.
Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.
Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle
PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung